

Information über die Sitzung des Gemeinderats am 02. Februar 2010

Jahresbericht Seniorenbeirat

Die Stellvertretende Beiratsvorsitzende, Heidi Frosch, trägt den folgenden Jahresbericht 2009 des Seniorenbeirates vor:

„Im Berichtszeitraum fanden 11 Sitzungen inkl. der konstituierenden Sitzung am 23. September 2008 statt. Hierbei wurden Peter Almstedt zum 1. Vorsitzenden, Heidi Frosch zur 2. Vorsitzenden sowie Gisela Geier zur Schriftführerin gewählt.

Des Weiteren haben 30 Sprechstunden stattgefunden.

Der Seniorenbeirat organisierte sich am 23.10., wobei unter anderem eine wöchentliche Sprechstunde von 15-17 Uhr, später von 16-17 Uhr vereinbart wurde. Diese werden regelmäßig im Amtsblatt bekannt gegeben. Weiterhin hat man als Sprechstundenservice und Sitzungsort den Seniorentreff auserkoren, um mit dem Ohr an der Basis zu sein. Es wurde außerdem erörtert, sich mit folgenden Institutionen in Verbindung zu setzen: Pro Seniore, Seniorentreff, AWO, Kirchen, VdK, DRK, um doppelte Angebote zu vermeiden oder eine Zusammenarbeit zu organisieren. Am Tag der offenen Tür des Seniorentreffs am 24.03. stellte sich der Seniorenbeirat der breiten Öffentlichkeit vor mit eigens dafür hergestellten Flyers sowie Kugelschreibern, Namensschilder und genügend Info-Material sowie Essen und Kaffee und Kuchen mit Preisen wie zu Großmutterzeiten. Weiterhin wurde ein Plakat erstellt, mit dem sich der Seniorenbeirat an den Markttagen der Bevölkerung präsentiert.

Weiterhin hat sich der Seniorenbeirat mit einem redaktionellen Beitrag in der Broschüre „Die Uhu's“ vorgestellt.

Am 02.03. gab Peter Almstedt seinen Vorsitz vorübergehend für ein halbes Jahr ab. Heidi Frosch und Gerd Deffner übernahmen kommissarisch den Vorsitz.

In seiner Sitzung am 16. 3. beschloss der Seniorenbeirat folgende Forderungen:

1. Eintrittsermäßigung für Senioren ins Hallenbad
2. Die Möglichkeit einer Erdbestattung in Wiesengräber
3. Das Aufbringen von Piktogrammen (30 km) in der Oggersheimer Straße vor der Pro Seniore Residenz

Am 18.05. stellte sich auf Einladung der neue Leiter der Pro Seniore Residenz, Klemens Ott, vor und gab einen Ausblick über zahlreiche positive Änderungen bekannt.

Am 20.07. war auf Einladung die Agenda 21 zu Gast und stellte ihr neues und ihrer Meinung nach sichereres Radwegenetz vor. Des Weiteren wurden die Sprechstunden wegen mangelnden Interesses auf den ersten Montag im Monat begrenzt.

Am 21.09. war Frau Krämer vom Betreuungsverein auf Einladung zu Gast und informierte den Seniorenbeirat über die neuen Bestimmungen über Vorsorgevollmacht, Betreuungs- und Patientenverfügung.

Nachdem Herr Almstedt nach Wiederaufnahme seines Amtes gleich nach seiner ersten Sitzung im November sein Amt sowie seine Zugehörigkeit zum Seniorenbeirat niedergelegt hat, wurden in der Sitzung am 18.01.2010 Frau Heidi Frosch zur 1. Vorsitzenden und Gerd Deffner zum 2. Vorsitzenden gewählt.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Schneider,
vielen Dank für die schnelle Antwort auf unsere Anfragen.

Leider ist die Antwort auf unsere Bitte unter Punkt „3. Da die 30-km-Begrenzungsschilder nicht ausreichen, um den Verkehr an der Pro-Seniore-Residenz in der Oggersheimer Straße nachhaltig zu drosseln, schlägt der Seniorenbeirat vor, Piktogramme in beiden Richtungen auf der Straße aufzubringen“, sehr unbefriedigend.

Da man in einzelnen Straßen, die teilweise gerade mal 100 Meter lang sind und deshalb eigentlich nur von Anwohnern befahren werden, weder Kosten noch Mühen gescheut hat, um Piktogramme auf die Straße aufzubringen (z. B. Richthofenstraße), halten wir an unserer Bitte fest, da hier ein echter Gefahrenpunkt entschärft werden kann.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, bitte bringen Sie diesen Punkt nochmals bei der nächsten Gemeinderatssitzung ein.

Ich danke den Damen und Herren für ihre Aufmerksamkeit.“

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass dem Seniorenbeirat zu der Angelegenheit „Piktogramme vor der Senioren-Residenz“ eine schriftliche Antwort übergeben worden ist mit dem Inhalt, dass

der Antrag zuständigkeithalber an den LBM Speyer weitergeleitet und von der Verwaltung befürwortet wurde.

Jahresbericht Jugendvertretung

Der Vorsitzende der Jugendvertretung, Alexander Helbig, trägt den folgenden Jahresbericht 2009 der Jugendvertretung vor:

- August 2008: konstituierende Sitzung
- September 2008: Beginn der Vorbereitung der Nikolausparty am 6.12.08
- Oktober 2008: Grillabend mit Landrat Schröter, zum Wünsche und Sorgen anhören und zum Erfahrungsaustausch
- November 2008: Treffen der kommunalen Jugendvertretungen von Rheinland- Pfalz, Vernetzung der Jugendvertretungen und Anregungen für die Arbeit vor Ort
Anschaffung von T- Shirts mit dem Logo der JV, Einrichtung einer Homepage
- Dezember 2008: Nikolausparty
- Januar 2009: Auswertung der Nikolausparty und Überlegungen zu einem "Fahrplan 2009"
- März 2009: Festlegung des "Fahrplan 2009" (Sportturnier- voraussichtlich 2010, Auf Jugendliche zugehen- Was wollt ihr?- Dezember09/Januar 10, Landtagsbesuch)
Einladung der Bürgerstiftung zur Mitwirkung am "Dorfteléfono"
- April 2009: Aufnahme einer Beschwerde über gefährliche Hecken& Sträucher an einem Spielplatz, Vorbereitungen für Sportturnier
- Mai 2009: Praxis- Seminar (Methoden für die Arbeit in einer Jugendvertretung), Vorbereitung der Führung durch das Emmerich- Haus des Türkisch-Islamischen Kulturvereins- Entfernung der Sträucher am Spielplatz (Trifelsstraße)
- Juni 2009: Sportturnier wurde abgesagt/ verschoben, Rückmeldung wegen des Spielplatzes, Planung "Was wollt ihr?", Einladungen der anderen Jugendvertretungen aus der Umgebung zu unseren Sitzungen, Führung durch das Emmerich- Haus
- September 2009: Besprechung über eventuelle Beteiligung am Fastnachtsumzug, letzte Informationen über die Landtagsfahrt, sowie Überlegungen für eine weitere Xmas- Party
- Oktober 2009: Planung der nächsten Party und Landtagsfahrt (8.10)
- November 2009: Feedback der Landtagsfahrt (sehr positiv), Party wird auf das Frühjahr 2010 verschoben, Treffen der kommunalen Jugendvertretungen von Rheinland- Pfalz
- Dezember 2009: Planung der Aktivitäten im Jahr 2010

Vorschau auf mögliche Aktivitäten 2010:

- Sportturnier
- Bunnyparty (20.3.2010)
- "Was wollt ihr?"
- Blog anstatt Forum auf der Homepage
- Textcontest/ Tanzbattle

Haushaltssatzung mit doppischem Haushaltsplan der Gemeinde Mutterstadt für das Haushaltsjahr 2010

Die Verwaltung hat die Haushaltssatzung und den doppischen Haushaltsplan 2010 im Entwurf gefertigt. Der Ergebnishaushalt schließt mit einem Fehlbetrag von 1.434.530,00 € ab. Der Finanzhaushalt weist nach Gegenüberstellung der Ein- und Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit ein Defizit von 1.718.480,00 € aus. Dieser Betrag erhöht sich um die planmäßigen Darlehenstilgungen von 100.000,00 € auf 1.818.480,00 €. Zum Ausgleich dieses Betrages werden der Rücklage 218.480,00 € entnommen. Zur Restfinanzierung der Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen ist die verzinsliche Kreditaufnahme von 1.600.000,00 € erforderlich.

Ein Entwurf der Eröffnungsbilanz ist erstellt. Nach Prüfung und Beschlussfassung durch den Rechnungsprüfungsausschuss wird sie dem Gemeinderat vorgelegt.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat am 12.01.2010 die Beschlussfassung empfohlen.

Den Ratsmitgliedern wird ein neuer Investitionsplan (blauer Teil, Seite 289 - 295) zum Austausch ausgehändigt. Der Investitionsplan enthält die Investitionen des Finanzhaushalts (grüner Teil) über 20.000,00 €.

Haushaltsrede von Bürgermeister Hans-Dieter Schneider:

Sehr geehrte Herren Beigeordnete,
verehrte Damen und Herren des Gemeinderates,
liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,
verehrte Gäste und Vertreter der Presse,
der zum Beschluss durch den Gemeinderat Mutterstadt vorliegende zweite doppelte Produkthaushalt für das Jahr 2010 mit Haushaltssatzung, Ergebnis- und Finanzhaushalt, Stellenplan sowie Investitionsplan für die Jahre 2010 bis 2013 ist in den Fachausschüssen und im Haupt- und Finanzausschuss am 12. Januar 2010 vorberaten worden.

Alle Ausschüsse gaben eine einstimmige Beschlussempfehlung an den Gemeinderat.

Eine wichtige Grundlage für die Einschätzung der konjunkturellen Entwicklung und damit verbundener Parameter, die sich auf unseren Gemeindehaushalt auswirken, waren wieder die Leitlinien für die kommunale Haushaltswirtschaft 2010. Diese wurden vom Ministerium des Innern und für Sport des Landes Rheinland-Pfalz Mitte November 2009 veröffentlicht, und darin wird unter anderem festgestellt:

Haushaltswirtschaft 2010 der kommunalen Gebietskörperschaften

Leitlinien für die kommunale Haushaltswirtschaft 2010

A. Allgemeine finanzwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Der Finanzplanungsrat hat in seiner Sitzung am 8. Juli 2009 die aktuelle Lage der öffentlichen Haushalte, der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen bei der Gestaltung der Haushalte 2010 und der mittelfristigen Finanzplanungen bis 2013 sowie die Einhaltung der Haushaltsdisziplin im Rahmen der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion erörtert und hierzu im Wesentlichen einvernehmlich Folgendes festgestellt:

1. Die deutsche Wirtschaft befindet sich im Abwärtssog der weltwirtschaftlichen Entwicklung. Sämtliche Wirtschaftsdaten signalisieren die heftigste Abschwächung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland. Für das Jahr 2009 ist derzeit davon auszugehen, dass das Bruttoinlandsprodukt gegenüber dem Vorjahr real um rd. 6 Prozent abnehmen wird. Erst im weiteren Verlauf der zweiten Hälfte dieses Jahres ist mit einer konjunkturellen Stabilisierung zu rechnen. Auf dem Arbeitsmarkt hat sich der Negativtrend - auch aufgrund der ergriffenen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen bislang nur teilweise niedergeschlagen. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt dürfte sich jedoch in den nächsten Monaten weiter verschlechtern.
2. Die erheblichen Konsolidierungsanstrengungen der letzten Jahre haben es Bund, Ländern und Kommunen erleichtert, notwendige Maßnahmen zur Dämpfung des konjunkturellen Abwärtstrends zu ergreifen. Sowohl die Maßnahmen zur Stabilisierung des Finanzsektors als auch das Wirken der automatischen Stabilisatoren und die darüber hinaus gehenden Maßnahmen zur Konjunkturstimulierung tragen zur Stützung der wirtschaftlichen Entwicklung bei. Allein das Zukunftsinvestitionsgesetz im Rahmen des Konjunkturpakets II sieht zusätzliche öffentliche Investitionen in Höhe von 13,3 Mrd. € vor. Dies begünstigt die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und führt zu einer Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur, sodass die Wachstumsgrundlagen auch langfristig verbessert werden.
3. Nach einem nahezu ausgeglichenen gesamtsstaatlichen Finanzierungssaldo in der Maastrichtabgrenzung 2007 und 2008 ist als Folge der Krise im Jahr 2009 mit einem Defizit von 4 und im Jahr 2010 von 6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu rechnen. Das Defizit des öffentlichen Gesamthaushalts wird für 2009 auf 112,5 Mrd. € und für 2010 auf 132,5 Mrd. € geschätzt. In den Jahren 2009 bis 2012 müssen Bund, Länder und Kommunen Steuerausfälle von über 300 Mrd. € im Vergleich zur jeweils letzten Schätzung einplanen. Angesichts der durch die krisenbedingten Mehrausgaben und Mindereinnahmen deutlich verschlechterten Ausgangssituation kann das Defizit des öffentlichen Gesamthaushalts bis 2013 voraussichtlich nur um 63 Mrd. € abgebaut werden.
4. Auf mittlere Sicht gibt es zur nachhaltigen Haushaltskonsolidierung keine Alternative. Mit der Reform der verfassungsrechtlichen Verschuldungsregeln wurden die Weichen für eine langfristig tragfähige Haushaltspolitik gestellt. Zur Einhaltung der beschlossenen Verschuldungsgrenzen und der Vorgaben des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes muss ab 2011 der finanzpolitische Kurs strikter Haushaltskonsolidierung auf der Ausgaben- wie auf der Einnahmenseite bei Bund, Ländern und Kommunen verstärkt fortgesetzt werden. Nur so kann der strukturelle Haushaltsausgleich erreicht werden.

Inzwischen ist absehbar, dass sich die Erwartungen des Finanzplanungsrates bestätigen werden.

Die kommunalen Ergebnis- und Finanzplanungen sind an den Feststellungen des Finanzplanungsrates auszurichten und ggfls. fortzuschreiben.

B. Haushaltswirtschaftliche Lage der Kommunen in Rheinland-Pfalz

Die derzeitige Rezession reißt tiefe Löcher in die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden. Während in den Jahren von 2006 bis 2008 eine Entspannung der Finanzlage zu verzeichnen war, haben sich die Aussichten mit Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise wieder verschlechtert. Diese negative Entwicklung lässt sich bei den Kommunen besonders an der Zunahme des Finanzierungsdefizits und den kontinuierlich steigenden Liquiditätskrediten ausmachen.

Die weithin rückläufigen Erträge werden voraussichtlich nicht dazu führen, dass auch die Aufwendungen entsprechend zurückgeführt werden können. Im Gegenteil ist zu befürchten, dass die Kommunen durch ein weiteres Anwachsen der Aufwendungen im sozialen Bereich (Sozial- und Jugendhilfe sowie Grundsicherung) und bei den Personalkosten im nächsten Jahr zusätzlich finanziell belastet werden. Der Rückgang bei den Steuererträgen und auch der in Folge der Krise steigende Druck auf wesentliche Aufwandspositionen macht es mehr denn je erforderlich, sämtliche Konsolidierungsmöglichkeiten aufzuspüren und auszuschöpfen. Einsparpotenziale werden u.a. in den Kommunalberichten des Rechnungshofs Rheinland-Pfalz aufgezeigt.

Die gesetzliche Pflicht zum Ausgleich des Haushalts besteht weiterhin, auch wenn die Rahmenbedingungen den Haushaltsausgleich erschweren. Eine besondere Herausforderung stellt die Bewältigung der Krisenfolgen für diejenigen Gemeinden und Gemeindeverbände dar, die bereits in der Vergangenheit keinen ausgeglichenen Haushalt vorlegen konnten. Im Interesse der Erhaltung kommunaler Selbstverwaltung und der Generationengerechtigkeit muss es jedoch oberstes Ziel sein, den Haushaltsausgleich zu erreichen.

Ausblick auf die voraussichtliche Entwicklung der Haushaltswirtschaft der Gemeinde Mutterstadt für das Jahr 2010 im

Rahmen der Doppik

Der im Haushaltsjahr 2009 vorherrschende Konjunkturerinbruch lässt im Jahr 2010 wohl kaum eine Entwarnung bei den Arbeitslosenzahlen und somit bei den Einkommensteuerzuweisungen erwarten. Gleiches gilt für die Gewerbebetriebe, deren Gewinne die des Vorjahres kaum übersteigen werden. Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer werden demnach das Niveau des Vorjahres ebenfalls nicht übersteigen.

Angesichts der Ungewissheit über die weitere wirtschaftliche Entwicklung, vor allem aber über deren Auswirkungen auf das regionale Steueraufkommen, erweist sich eine Planung der Steueransätze für die Jahre 2010 und folgende als schwierig. Aufgrund dieser Unabwägbarkeiten ist bei den Einnahmeansätzen eher Zurückhaltung geboten. Für 2010 wird daher von einem Gewerbesteueraufkommen in Höhe des Vorjahres ausgegangen. Der Anteil an den Einkommensteuerzuweisungen wurde regionalisiert den vorgegebenen Steuerschätzungen angepasst. Insgesamt steht die Haushaltsplanung ab dem Jahre 2011 unter dem Vorbehalt der weiteren Entwicklung der Weltwirtschaft.

Nochmals zu ihrer Erinnerung: Nach § 1 Absatz 1 des Landesgesetzes zur Einführung des neuen kommunalen Finanzwesens „Doppik“ (KommDoppikLG vom 02.03.2006) führt die Gemeinde ab dem Haushaltsjahr 2009 ihre Bücher nach den Regeln der doppelten Buchführung in Kontenform. Die kommunale Doppik ist in ein Drei-Komponenten-System gegliedert. Wesentliche Elemente sind einmal der Ergebnishaushalt, zum anderen der Finanzhaushalt und letztlich die Vermögensrechnung (Bilanz).

Im Ergebnishaushalt werden die für die Erfüllung der Aufgaben voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen dargestellt. Wesentlich neu und von großer Bedeutung ist, dass hier nun jährlich die Abschreibungen für den Vermögensverzehr (Ressourcenverbrauch) und die Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen der Beamten nachgewiesen werden. Den Abschreibungen sind als Erträge die jährlichen Auflösungen aus den Sonderposten (erhaltene Zuweisungen für getätigte Investitionen) und die Auflösungen aus den Versorgungsrückstellungen gegenüberzustellen.

Im Finanzhaushalt werden alle tatsächlichen Ein- und Auszahlungen (Geldfluss) des laufenden Haushaltsjahres nach dem Kassenwirksamkeitsprinzip nachgewiesen. Insoweit werden dort auch die für die Investitionen erforderlichen Finanzmittel aufgezeichnet. Im Finanzhaushalt nicht nachgewiesen werden die nicht zahlungs-wirksamen Positionen wie z.B. die Abschreibungen.

Die Vermögensrechnung (Bilanz) weist zum Bilanzstichtag das kommunale Vermögen in Aktiva und Passiva aus und gibt detailliert Auskunft über die Vermögensstruktur und die Schulden der Gemeinde. Das Vermögen (Anlage-, Umlauf- und Immaterielle Vermögen) wird vollständig erfasst und den Schulden gegenübergestellt. Der sich ergebende Differenzbetrag stellt das Eigenkapital dar. Die zum 01.01.2009 zu erstellende Eröffnungsbilanz bedarf noch der Prüfung durch den örtlichen Rechnungsprüfungsausschuss und wird dem Gemeinderat nach Fertigstellung zur Beschlussfassung voraussichtlich bis Ende März vorgelegt.

Dem Haushaltsplan 2010 ist ein Investitionsplan für die Jahre 2010 bis 2013 beigegeben. Dieser entspricht im Großen und Ganzen dem bisherigen kameralen Investitionsprogramm. Zur Orientierung und Vergleichbarkeit sind die Ansätze des Nachtrages 2009 gegenübergestellt. Das Ergebnis des Jahres 2008 kann leider nicht gegenübergestellt werden, das es keine Überleitungsmöglichkeit aus dem damals noch angewandten kameralen System gibt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Wie schon 2009 festgestellt, erfährt die Finanzsituation der Gemeinde durch die Einführung der doppischen Haushaltsführung keine Verbesserung.

Die Aufwandseite wird durch die Aufzeichnungen der Abschreibungen und der Pensionsrückstellungen in erheblichem Maße beeinflusst.

Dadurch stehen im Ergebnishaushalt den Erträgen von 12.680.110,00 € Aufwendungen von 14.114.640,00 € gegenüber und dies führt zum Ausweis eines Jahresfehlbetrages von 1.434.530,00 €, der sich konstant in ähnlicher Höhe wie im Nachtrag für das Jahr 2009 bewegt.

Den Aufwendungen für die Abschreibungen (1.244 T€) und den Pensionsrückstellungen (316 T€) können Erträge aus Auflösungen von 535 T€ gegen gebucht werden. Nachdem sich dieses Missverhältnis nicht umkehren lässt ist abzusehen, dass bei gleichbleibender Gesetzeslage auch in künftigen Jahren kein Haushaltsausgleich möglich ist.

Die Steuereinnahmen und Ausgleichsleistungen des Landes sind kontinuierlich fortgeschrieben und lassen in der Gesamtsumme einen Minderertrag gegenüber 2009 von ca. 17 T€ erwarten.

Zuwendungen aus dem öffentlichen Bereich (z. B. Schlüsselzuweisungen des Landes) sind mit 1.215 T€ leicht über dem Vorjahreswert veranschlagt.

Die öffentlich rechtlichen und die privatrechtlichen Leistungsentgelte sowie die Kostenerstattungen und Kostenumlagen (Mieten und Pachten, Passgebühren, Elternbeiträge, Bestattungsgebühren, Feldwegebeiträge, Gebühren der Bücherei, Personalkostensätze, Kindergartenbeiträge, Verwaltungskostensätze von Palatinum und Kanal, Auflösung von Sonderposten u.a.) werden 1.793 T€ betragen und sind damit um 244 T€ niedriger als in 2009.

Die sonstigen laufenden Erträge (Konzessionsabgaben, ruhender Verkehr u.a.) sind mit 838 T€ etwas niedriger veranschlagt als im Vorjahr.

Im Bereich der Aufwendungen sind die Personalkosten mit insgesamt 4.120 T€ berechnet und beinhalten neben den zahlungswirksamen Ausgaben von 3.849 T€ die nicht zahlungswirksamen Zuführungen zu den Pensionskassen (316 T€).

Im Weiteren sind Versorgungsaufwendungen für aktive und passive Beamte in Höhe von 207 T€ zu erbringen, die nicht bei den Personalkosten sondern separat ausgewiesen sind. Mögliche Tarifierhöhungen bei den Tarifbeschäftigten sind mit 3% berücksichtigt, die Verhandlungen der Tarifpartner sind allerdings derzeit noch im Gange. Die bereits im Vorjahr beschlossene Erhöhung für Beamte in Höhe von 1,2 % ist ebenfalls berücksichtigt.

Die Kosten für Sach- und Dienstleistungen sind mit insgesamt 2.279 T€ veranschlagt und entfallen überwiegend auf Gas (262 T€), auf Strom (396 T€), auf Wasser, Müll und Straßenentwässerung (410 T€), auf Reinigungskosten (112 T€), Unterhaltung der Gebäude (158 T€) und Unterhaltung der Straßen (100 T€) u.a.

Im Rahmen des Konjunkturpakets II sind 80 T€ bereit gestellt. 1.244 T€ sind als AfA berechnet. Auf den Aufbau der Straßen, Wege und Plätze entfallen 1.071 T€, auf Fahrzeuge 72 T€, auf Geschäftsausstattung 58 T€ und auf immaterielle Vermögensgegenstände 43 T€.

Für Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen sind 5.153 T€ eingeplant.

Die Zuweisung an das Palatinum ist mit 785 T€ berechnet, der Personal- und Sachkostenzuschuss für die kirchlichen Kindergärten betragen 244 T€, für zu zahlende Gewerbesteuerumlage (264 T€) und Kreisumlage (3.641 T€) sind 3.905 T€ vorgesehen. Auf die Kreisumlage komme ich allerdings später nochmals zurück!

Die Aufwendungen der sozialen Sicherung und die sonstigen laufenden Aufwendungen erfordern ca. 928 T€ und sind gegenüber den Planansätzen des Vorjahres leicht reduziert und somit optimistisch angesetzt.

Die Zinseinnahmen und Finanzerträge (530 T€) resultieren aus den Anlagen bei den Pfalzwerken und dem Sparbrief bei der Kreissparkasse, sowie dem Gewinnnachweis des Eigenbetriebes Abwasserbeseitigung, der um 93 T€ vermindert ist. Die zu erbringenden Zinsaufwendungen (184 T€) orientieren sich an den laufenden Darlehensverträgen und berücksichtigen die zu erwartenden Abschlüsse neuer Investitionskredite. Zur Finanzierung von Kassenkrediten sind 10 T€ bereitgestellt.

Die investiven Maßnahmen für den Planungszeitraum 2009 bis 2013 sind im Finanzhaushalt aufgezeichnet.

Wesentliche Investitionen (Beträge teilweise anteilig) im Jahre 2010 sind:

- Anschaffung neue EDV/Server und Telefonanlage im Rathaus	65.000,00 €
- Einrichtung eines Ganztagesangebotes an der GS „Im Mandelgraben“ mit Erweiterungsbau Mensa und baulichen Änderungen	600.000,00 €
- Erweiterung KITA Haus des Kindes für Zweijährige um 2 Gruppen und bauliche Änderungen	350.000,00 €
- Erweiterung prot. KITA 2 für Zweijährige, Bezuschussung mit 90 %	400.500,00 €
- Fertigstellung Erweiterung kath. KITA, Bezuschussung mit 90 % ca.	220.000,00 €
- Errichtung Wertstoffhof an Kompostieranlage Zeller einschließlich Erschließungsstraße	30.000,00 €
- Fortführung Erneuerung Straßenbeleuchtung	32.000,00 €
- Planung Ausbau Ludwigshafener Straße/Ortskernegestaltung	80.000,00 €
- Ausbau Goethestraße	120.000,00 €
- Erneuerung Heizung Rathaus/Neue Pforte (Konjunkturprogramm II)	350.000,00 €
- Weiterführung Maßnahme nordwestlicher Pfalzmarktweg	110.000,00 €
- Weiterführung Maßnahme Friedhoferweiterung	730.000,00 €
- Weiterführung Maßnahme Südspange	170.000,00 €
- Beginn Autobahnanschluss A 61 zwischen Mutterstadt und Dannstadt (Hauptkostenträger Bund)	15.000,00 €

Für die Maßnahmen mit mehr als 20.000,00 € ist ein Investitionsplan erstellt, aus dem die Einzelmaßnahmen ersichtlich sind.

Die Auszahlungen aller Investitionen im Jahr 2010 belaufen sich auf 3.242 T€, denen Einzahlungen von 1.641 T€ gegenüber stehen. Für das Jahr 2011 sind Auszahlungen über 2.506 T€ und Einzahlungen von 1.358 T€ veranschlagt. Somit verbleibt ein Differenzbetrag in 2010 von 1.601 T€ und für 2011 über 1.149 T€

Zur Tilgung von Investitionskrediten ist in 2010 ein Betrag von 100 T€ und in 2011 ein solcher von 98 T€ bereitzustellen. Den liquiden Mitteln werden in 2010 ca. 218 T€ und in 2011 ca. 45 T€ entnommen.

Zum Ausgleich der Ein- und Auszahlungen in 2010 ist ein Darlehen von 1.600 T€ und in 2011 ein solches von 850 T€ erforderlich.

Nach den Investitionsplanungen für die Folgejahre 2012 und 2013 ist zu erwarten, dass keine Darlehen benötigt werden. Den liquiden Mitteln können in 2012 ca. 457 T€ und in 2013 ca. 317 T€ zugeführt werden.

Der Vorbericht soll auf die Entwicklung des Eigenkapitals eingehen. Die Verwaltung hat einen Entwurf der Eröffnungsbilanz erstellt, der zurzeit noch extern geprüft wird. Insofern kann über die Höhe des Eigenkapitals noch keine exakte Angabe gemacht werden. Das Ergebnis wird im Laufe des März im Rechnungsprüfungsausschuss beraten, anschließend dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt und als Anlage dem Nachtragshaushalt beigegeben. Die dauernde Leistungsfähigkeit der Gemeinde (freie Spitze) zeigt auf, ob die laufenden Einzahlungen ausreichen, um die laufenden Auszahlungen einschließlich der Tilgungsleistungen finanzieren zu können.

Im Jahr 2009 ist ein Negativsaldo in Höhe von 446 T€ und gleichfalls in 2010 ein solcher von 218 T€ zu erwarten.

In den folgenden Jahren wird eine positive Finanzspitze erwartet. Diese beträgt im Jahr 2011 ca. 253 T€, in 2012 ca. 502 T€ und in 2013 ca. 617 T€.

Verpflichtungsermächtigungen sind im Haushaltsplan für 2010 nicht ausgewiesen.

Dem Haushaltsplan ist der Stellenplan beigegeben, der die nach § 6 Abs. 5 GemHVO erforderlichen Stellen ausweist.

Demnach arbeiten 2010 bei der Gemeindeverwaltung Mutterstadt 15 (-1) Beamte und 88 (+ 5) tariflich Beschäftigte. Dies sind 103 Personen und damit vier mehr als 2009. Umgerechnet in Vollzeitstellen ergibt sich jedoch eine Reduzierung von 81,39 auf 80,05 Stellen. Hinzu kommen eine Auszubildende und eine Beamtenanwärterin.

Personelle Veränderungen haben sich vorwiegend aus Gründen des Eintritts in den Ruhestand bzw. in die Altersteilzeit und sich daraus ergebenden Neubesetzungen vakanter Stellen ergeben.

Liebe Ratsmitglieder, meine sehr geehrten Damen und Herren,

der zweite vorliegende doppische Produkthaushalt bestätigt leider die Tendenz, die sich im Vorjahr bereits abgezeichnet hat und sich im Nachtragshaushalt 2009 fortsetzte:

Wir haben, wie bereits erwähnt, einen geplanten Ergebnishaushalt mit einem Jahresfehlbetrag, und zwar in Höhe von 1.434 T€ vorliegen, der noch leicht über dem Defizit des Vorjahresnachtrages liegt.

Wie ebenfalls schon dargestellt liegt dies auch an der Aufnahme des kommunalen Vermögens und seinem Ressourcenverbrauch in Form von Abschreibungen sowie der Berücksichtigung von Personal-Versorgungsaufwendungen.

Tatsächlich belasten Abschreibungen und Versorgungsaufwendungen auf dem Papier in erheblichem Maße unseren Ergebnishaushalt, ohne dass diese hohen Beträge tatsächlich zahlungswirksam sind und andererseits auch nicht erwirtschaftet werden können.

Diesen Belastungen stehen kaum adäquate Einnahmemöglichkeiten oder gar Steuerentlastungen gegenüber, wie dies bei Unternehmen der freien Wirtschaft der Fall ist.

Ich stelle auch noch einmal fest: Dies bedeutet, dass uns freiwillige Leistungen in Form von öffentlichen Einrichtungen für unsere Bürgerschaft und Vereine jetzt mehr als bisher belasten.

Die Verwaltung sieht derzeit auch keine Spielräume dies entscheidend zu ändern, weil dies zu Lasten des sozialen Gefüges und der Lebensqualität in unserer Gemeinde ginge. Ersparnis und Wirkung stünden zudem in keinem guten Verhältnis.

In zahlreichen anderen Kommunen ist die Situation vergleichbar.

Andererseits besagt die Gesetzeslage eindeutig, dass der Ergebnishaushalt maximal

5 Jahre nacheinander Fehlbeträge ausweisen darf.

Hier besteht also dringender Gesprächs- und Handlungsbedarf bei den kommunalen Vertretern und beim Gesetzgeber! Aber nicht nur deswegen,

sehr geehrte Damen und Herren!

Unabhängig von diesen Begleiterscheinungen der doppischen Haushaltsführung kristallisiert sich eine immer dramatischere Unterfinanzierung aller staatlichen Ebenen, vom Bund über die Länder und Landkreise bis hin zu den Kommunen heraus.

Parallel dazu werden durch die Initiativen der Politik einerseits und gesteigerte Erwartungshaltungen der Bürgerschaft andererseits immer mehr kostenintensive Dienstleistungen des Staates offeriert, die alle Ebenen in eine immer drastischere Verschuldung treiben. Und als unterste Ebene haben wir als Gemeinde politische Entscheidungen und daraus resultierende Gesetze umzusetzen, die zwar mehr oder minder von Bund und Ländern teilfinanziert sind, deren Restfinanzierung aber fast ausnahmslos unseren Haushalt zusätzlich belastet.

Ein Beispiel hierfür ist das Recht der Eltern auf einen kostenlosen Kindergartenplatz für Zweijährige ab August 2010 und für Einjährige ab 2013. Das macht in unserer Gemeinde in kommunalen und kirchlichen Kindertagesstätten innerhalb gut zwei Jahren Investitionen von etwa 1,8 Mio. € notwendig, denen gerade einmal ca. ein Drittel an zu erwartenden Zuschüssen gegenüber steht. Von zusätzlichen Folgekosten für Unterhaltung, Instandhaltung und natürlich höheren Abschreibungen ganz abgesehen. Dazu kommt noch der Kostenfaktor des zusätzlichen Personals. Zwar zahlen wir als Träger lediglich 15 % der Personalkosten, durch die zwei zusätzlich notwendigen altersgemischten Gruppen werden aber alleine schon ab August 4,5 zusätzliche Stellen notwendig, bei längeren Öffnungszeiten noch mehr, so dass von der Gemeinde unterm Strich mit Sicherheit mindestens eine Stelle mehr zu finanzieren ist.

Ähnlich verhält es sich mit der Investition zur Schaffung eines Ganztagesangebotes an der Mandelgrabengrundschule, das zur Erhaltung einer im Vergleich zu anderen Kommunen wettbewerbsfähigen Infrastruktur unerlässlich ist.

Um Missverständnissen vorzubeugen, ich sehe durchaus die Notwendigkeit solcher Angebote für viele junge Familien, Alleinerziehende oder Menschen die finanziell starken Einschränkungen unterliegen.

Aber mit Hinweis auf die immer häufigeren Meldungen über unauskömmliche Löhne und den vermehrten Ersatz regulärer Arbeitsplätze durch Leiharbeit kann es kein Dauerzustand sein, dass der Staat durch teure Angebote oder Zuzahlungen an Menschen, die mit dem Lohn für ihre Arbeit den Lebensunterhalt nicht bestreiten können, Unternehmen auf Umwegen subventioniert!

Die in schwindelnde Höhen steigenden Sozialausgaben sprechen hier eine deutliche Sprache! Sie wirken sich drastisch bis in die Haushalte des Kreises und der Kommunen negativ aus.

Der Kreishaushalt wird so nach jüngsten Informationen ein hohes Defizit ausweisen und der Kreistag gehalten sein, die Kreisumlage auf den Landesdurchschnitt

anzuheben, was diesen als fatale Folge auch wieder erhöht.

Das wiederum bedeutet für unsere Gemeinde wahrscheinlich Mehrausgaben von 300 bis 400 T€ um die sich unser Defizit alleine in 2010 und dann auch in allen Folgejahren noch erhöhen würde.

Parallel dazu fordert uns die Kreisverwaltung auf, unsere Steuerhebesätze zu erhöhen um die Einnahmesituation zu verbessern, was aber bei in etwa gleichen Sätzen wie in den Nachbarkommunen aus Wettbewerbsgründen strategisch falsch wäre. Daher haben wir uns auch gemeinsam dagegen entschieden.

Es nicht sein, dass der Bund Steuererleichterungen propagiert und die Kommunen am unteren Ende der Spirale als Konsequenz daraus die Steuersätze anheben sollen um ihre Haushaltsdefizite zu vermindern!

Diese dramatische Kostenentwicklung ist, wie bereits geschildert, zusätzlich noch vor dem Hintergrund drastisch sinkender Einnahmen durch die Wirtschaftskrise zu sehen.

Ich erinnere daran, dass uns gegenüber 2008 alleine aus Einkommen- und Gewerbesteuer jährlich rund 1,6 Mio. € fehlen!

Da fällt auch die Umsetzung der Maßnahmen innerhalb des Konjunkturprogramms schwer, trotz erhöhter Zuschussanteile von Bund und Land.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich möchte bei aller aufgezeigten Problematik und den zahlreichen großen Zukunftsherausforderungen aber auch darauf verweisen, dass Mutterstadt gegenüber zahlreichen anderen Kommunen finanziell noch relativ gut dasteht.

Eine Gegenüberstellung zum Jahresende 2009 von Finanzanlagen in Höhe von 7,299 Mio. € und Darlehensverbindlichkeiten in Höhe von 7,622 Mio. € (einschließlich Palatinum) zeigt, dass unsere Gemeinde auch ohne die Berücksichtigung von Grund- und Sondervermögen unterm Strich noch nahezu schuldenfrei ist.

Allerdings ist die Entwicklung in naher Zukunft aufgrund der aufgezeigten Umstände negativ und führt in Richtung zunehmende Verschuldung.

Bei eventuell künftig steigenden Zinsen wiegt dies noch schwerer.

Die Verwaltung sowie Gemeinderat und Ausschüsse sind daher mehr denn je gefordert, jede einzelne Maßnahme auf unbedingte Notwendigkeit und

Nutzen-/Kostenverhältnis, auch unter Berücksichtigung von Folgekosten, eingehend zu prüfen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

abschließend bedanke ich mich ganz herzlich für die vertrauensvolle Zusammenarbeit im abgelaufenen Jahr. Bei der Erstellung und bei den Vorbereitungen des vorliegenden Haushaltsplanes haben sich

die Herren Beigeordneten Klaus Leicht, Klaus Lenz und Volker Strub

und die Damen und Herren von Gemeinderat und Fachausschüssen

engagiert eingebracht und durch konstruktive Beratungen und Anregungen zum Gelingen entscheidend beigetragen.

Mein ganz besonderer Dank gilt auch

allen Fachbereichs- bzw. Abteilungsleitern mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der gesamten Verwaltung und insbesondere

der Finanzverwaltung unter Federführung von Herrn Hammer, Frau Helm und Frau Renner, die diesen zweiten doppelhaushalt der Gemeinde Mutterstadt auf den Weg gebracht und parallel an der Erstellung der Eröffnungsbilanz gewirkt haben und noch wirken.

Ebenfalls erwähnen möchte ich die gute Zusammenarbeit und aktive Unterstützung intern durch die Gleichstellungsbeauftragte und den Personalrat sowie verwaltungsextern durch die Lokale Agenda 21, den Partnerschaftsverein, die Jugendvertretung, den Seniorenbeirat und die Bürgerstiftung.

Ihnen allen gilt dafür ebenfalls mein herzlicher Dank.

Ich bitte Sie dem vorliegenden Produkthaushalt für das Jahr 2010 mit Haushaltssatzung, Ergebnis- und Finanzhaushalt, Stellenplan sowie dem Investitionsplan für die Jahre 2010 bis 2013 zuzustimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Haushaltsrede von Thorsten Leva (SPD):

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

sehr geehrte Herren Beigeordnete,

sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung

liebe Ratskolleginnen und Kollegen,

meine Damen und Herren,

sehr geehrter Herr Petry,

Auch das zweite Jahr des „doppischen Haushaltes“ veranlasst uns weder vom System noch von den ausgewiesenen Zahlen her zu Freudensprüngen. Die erwartete Transparenz der neuen Buchführung hinkt noch etwas. Im Gegensatz zur freien Wirtschaft, in der Unternehmen Abschreibungen auf Investitionsgüter vornehmen, aus denen sie auch einen Ertrag erwarten und gegen rechnen können, sind die Gemeinden gezwungen, Abschreibungen vorzunehmen, denen jedoch keine wirtschaftlichen Erträge gegenüberstehen. Das Ergebnis wird sein, dass Kommunen auf Jahre Defizite ausweisen müssen, die sie aus eigener Kraft nicht oder nur sehr schwer zurückführen können. Der Gesetzgeber verbietet jedoch (grundsätzlich zu Recht) dies auf Jahre so fortzuführen. Hier muss von Seiten der Gesetzgebung nachgebessert werden, um eine tatsächliche Transparenz zu erreichen!

Verschärft wird diese Situation durch die anhaltende globale Wirtschaftskrise und das Gebaren der neuen Schwarz-Gelben Bundesregierung. Die Umsetzung ihrer Wahlversprechen, Steuererleichterungen für die Bürger, kostet die Länder und Kommunen Millionen. Allein für 2010 130 Millionen Euro für das Land und 50 Millionen für die Kommunen in Rheinland-Pfalz. Weitere „Steuerentlastungen“ in Höhe von 4 Milliarden Euro plant die Bundesregierung ab 2011. Dazu erhalten die Gemeinden zusätzliche Verpflichtungen und sind gezwungen, Investitionen durchzuführen, um gesetzliche Ansprüche der Bürger zu gewährleisten (Stichwort: Recht auf Kindergartenplatz für 2 jährige ab 2010 und für 1 jährige ab 2013), sowie gesetzliche Mindestwerte einzuhalten (Stichwort: CO² Einsparungen an öffentlichen Gebäuden).

Auf Dauer kann dies keine Kommune verkraften. Die logische Konsequenz wären Rückführungen von kommunalen, freiwilligen Leistungen, insbesondere Zuschüsse für Vereine, kostenfreie Hallennutzung, kostenfreie Nutzung im Haus der Vereine, etc. Dies will grundsätzlich niemand!

Meine Damen und Herren, der Haushalt der Gemeinde Mutterstadt erfuhr in 2009 durch nicht einkalkulierte Mindereinnahmen ein Defizit in Höhe von ca. 1,4 Millionen €, gegenüber kalkulierten 556 T€. Hier zeigt sich, das trotz solider und vorsichtiger Planung der Wirtschaftskrise nicht entgegengewirkt werden konnte. Ausdruck der bedachten Haushaltsplanung war die umgehend ausgesprochene, teilweise Haushaltssperre, um weiteren Schaden zu vermeiden. Für das Jahr 2010 und auch für die Folgejahre ist gesamtwirtschaftlich bisher keine Verbesserung in Sicht. Zumal sich einige Effekte noch nicht auf die Zuweisungen und deren Kalkulationen ausgewirkt haben. (Bsp.: Gewerbesteuer: Die Berechnung basiert auf Daten, die annähernd linear fortgeschrieben wurden, die Steuererklärungen der Unternehmen und damit die tatsächlichen Geldflüsse werden jedoch, teilweise um Jahre, erst zeitversetzt wirksam). Die Einnahmen aus Gewerbesteuer haben sich im Vergleich zu 2008 nahezu halbiert. Unsere Haupteinnahmequelle, die Zuweisung aus Einkommensteuer muss um circa 800.000,00 € nach unten korrigiert werden. Da die langfristigen Auswirkungen der

Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt nach wie vor unkalkulierbar sind, bleibt abzuwarten, ob die prognostizierten Zuweisungen gehalten werden können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, aus diesen Tatsachen ergeben sich für uns nur sehr eingeschränkte Gestaltungsspielräume. Geplante Investitionen sind von Anfang an auf Tragfähigkeit und Wirtschaftlichkeit zu prüfen. Es soll jedoch nicht am falschen Ende gespart werden. Die bereits sehr gute Infrastruktur in Mutterstadt ist zu erhalten und auszubauen, um für alle Bürger lebenswert zu bleiben und für junge Familien eine gute Alternative im Wettbewerb mit umliegenden Gemeinden zu sein. Ebenso muss es unser Ziel sein, dem Gewerbe in Mutterstadt attraktive Rahmenbedingungen zu bieten um sich entwickeln und auch neu ansiedeln zu können. Neben den wichtigen Steuereinnahmen und Arbeitsplätzen profitieren die Bürger von nahen Dienstleistungen.

Bei zukünftigen Planungen wird weiterhin Kreativität gefragt sein, um Maßnahmen so durchzuführen, dass sie zuschussfähig für Land und Bund sind. Wir sind in der glücklichen Lage, mit Hannelore Klamm einen „Guten Draht“ zur Landesregierung nach Mainz zu haben. In der Vergangenheit hat diese gute Beziehung schon einige Fördermittel in unsere Gemeinde und unseren Landkreis gebracht.

Trotz der vorsichtigen Prognosen und Ansätze unserer Finanzabteilung weist der Haushalt für das Jahr 2010 ein Defizit in Höhe von insgesamt 1,8 Millionen € aus. Circa 220.000,00 € können durch Entnahme aus den Rücklagen gedeckt werden, für den großen Rest ist eine Kreditaufnahme in Höhe von 1,6 Millionen € notwendig und aufgrund der für Mutterstadt wichtigen Investitionen unumgänglich. In diesem Jahr werden für einige mittel- und langfristige Projekte die Grundsteine gelegt. Die Entscheidung der Finanzabteilung, die geplanten Einnahmen zurückhaltend zu prognostizieren halten wir für absolut richtig und tragen sie mit.

Den Ansatz für Einnahmen aus dem Verkauf von Grundstücken in Höhe von circa 600.000,00 € halten wir ebenfalls für angemessen. Jedoch ist die Ressource „Bauland“ endlich und kann langfristig keine Ertragsquelle sein.

Nach wie vor liefern unsere Beteiligungen und Geldanlagen höhere Erträge als Kredite in gleicher Summe kosten würden. Schon allein aus diesem Grund ist eine Auflösung nicht zu empfehlen.

Die laufenden Ausgaben wurden im Wesentlichen fortgeschrieben. Abschreibungen bilden hier wiederum mit ca. 1,2 Millionen € eine besonders auffällige Position. Wie eingangs erwähnt steht dieser keine Ertragsmöglichkeit gegenüber.

Erfreulicherweise wurde die letztes Jahr an gleicher Stelle kritisierte erhöhte Kreisumlage nicht fortgeschrieben und hat sich um ca. 400.000 € reduziert.

Mittlerweile schlagen sich auch die ersten Maßnahmen zur Energieeinsparung im Haushalt nieder. Die Energiekosten konnten niedriger angesetzt werden. Hier ist zu erwarten, dass durch die geplanten Maßnahmen weitere Einsparungen möglich sind.

Meine Damen und Herren, einen wesentlichen Posten im Investitionsplan nimmt die Umsetzung des SPD-Antrages zur Einrichtung einer Ganztagschule ein. Mit Beginn des Schuljahres 2010/2011 wird diese in der Mandelgrabenschule realisiert. Da auch bauliche Maßnahmen im Haus des Kindes notwendig sind, werden bei der geplanten Erweiterung Synergien genutzt. Diese Maßnahmen werden mit Zuwendungen vom Land Rheinland-Pfalz unterstützt.

Vom Angebot der Ganztageschule verspricht sich die SPD-Fraktion einen Mehrwert und Standortvorteil für die Gemeinde Mutterstadt. Es bietet die Möglichkeit, Familie und Beruf leichter zu vereinbaren und liefert Problemlösungen, insbesondere für Alleinerziehende. Die Nachfrage ist vorhanden, dies bestätigt eine Umfrage bei in Frage kommenden Familien sowie die Tatsache, dass Eltern auch bereit sind, ihre Kinder in Ganztagschulen benachbarter Gemeinden zu fahren. Zu wünschen ist, dass bei der operativen Umsetzung des Konzeptes eine Zusammenarbeit mit der bereits bestehenden Infrastruktur des Mutterstadter Vereinslebens durchgeführt wird und die aktuellen, auf Projektbasis durchgeführten Kooperationen ausgebaut werden können.

Eine erhebliche Investition wird in die örtlichen Kindertagesstätten getätigt. Hier gilt es nicht nur den Renovierungsstau zu beseitigen, sondern auch Rahmenbedingungen zu schaffen, um die gesetzlichen Vorgaben zur Aufnahme von Zweijährigen noch in diesem Jahr und später auch von Einjährigen tragen zu können. Neben dem gemeindeeigenen Haus des Kindes sind auch für die kirchlichen Träger Zuwendungen im Investitionsplan eingestellt.

Wir befürworten diese Investitionen, tragen sie doch auch dazu bei, Familie und Beruf besser zu vereinen. In der langfristigen Planung ist die demographische Entwicklung im Auge zu behalten, um hier bei Veränderungen flexibel regieren zu können.

Bedauerlicherweise konnte unser Antrag auf Errichtung eines Waldkindergartens noch nicht umgesetzt werden. Wir sehen nach wie vor in dieser Form eine sinnvolle Ergänzung zum aktuellen Angebot und bitten die Verwaltung dies im Auge zu behalten und bei Bedarf umzusetzen.

Nach wie vor ist Verkehr und Verkehrsbelastung ein beherrschendes Thema im Ort. Die im Dezember 2009 fertig gestellte Anbindung der L524 an die B9 bringt nun hoffentlich spürbare Entlastung für die Anwohner. In wenigen Wochen gibt es hierfür sicherlich schon erste Erkenntnisse. Dieses Projekt war lange ersehnt und durch das beharrliche Eintreten von Hannelore Klamm in Mainz, konnte für Mutterstadt ein Stück verkehrsberuhigte Zukunft beginnen. An dieser Stelle möchte ich ebenso Hans-Dieter Schneider und der Verwaltung für die zügige Durchführung und Koordination aller betreffenden Stellen danken.

Weitere außerörtliche Maßnahmen stehen an und sind im Investitionsplan bereits berücksichtigt. Nach Fertigstellung des Anschlusses an die A61 zwischen Mutterstadt und Dannstadt, sowie der Traktorumfahrung „Nord“ erwarten wir weitere Verkehrsentlastungen und eine Reduzierung der Belastung für die Anwohner. Spätestens im Zuge dieses Anschlusses lässt sich dann hoffentlich das beantragte LKW Durchfahrtsverbot realisieren.

Parallel zu diesen Vorhaben wünscht sich die SPD Fraktion die Planung für eine innerörtliche Verkehrsberuhigung voranzutreiben und dann zügig umzusetzen. Nach unserer Auffassung sind einzelne Maßnahmen in ein Gesamtkonzept einzubinden und zeitlich aufeinander abzustimmen. Die tatsächlichen Durchführungen sind aber auch immer mit Blick auf die aktuelle wirtschaftliche Situation und Machbarkeit zu sehen.

Die SPD Fraktion begrüßt hier die Initiative unseres Bürgermeisters und der Gemeindeverwaltung beim Vorantreiben der Planung zur Ortskernentwicklung mittels eines Mediationsverfahrens und der angestrebten Bürgerbeteiligung. Hier haben alle Mutterstadter die Möglichkeit sich einzubringen. Die bereits vorliegenden Anregungen, insbesondere der lokalen Agenda, sollen dabei berücksichtigt und eingearbeitet werden.

Diese Maßnahmen werfen im Investitionsplan bereits ihre Schatten voraus, so sind dieses Jahr für die Planung und bis 2013 für die Realisierung entsprechende Mittel eingestellt.

Neben dem großen Projekt darf die Erneuerung und Ausbesserung der bestehenden Straßen nicht aus den Augen verloren werden. So sind sukzessiv bestandserhaltende Maßnahmen notwendig, wie im Planansatz dieses Jahr für die Goethestraße und bis 2012 in Luitpold- und Hartmannstraße.

Im Zuge der Realisierung der Südspange begrüßen wir die weitsichtige Initiative unseres Bürgermeisters, diese mit einer südlichen Traktorumfahrung zu verbinden. Diese Synergien sparen Zeit, Geld und die Verschwendung von Landflächen wird vermieden. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass die Gemeinde ihr Soll an Ausgleichsflächen gemäß Ökoplan erfüllt hat. Wünschenswert für die Zukunft ist, dass die Ausgleichsflächen weniger verstreut liegen und wenn sich Möglichkeiten bieten, zusammengelegt werden sollten.

Im Rahmen des geplanten Umzuges der Firma Zeller und des Wertstoffhofes soll eine neue Verkehrsregelung an der L524 vorgenommen werden. Das gesamte Projekt kann und konnte nur in Abstimmung mit den beteiligten Gremien und der Firma Zeller umgesetzt werden. In der Realisierung sieht die SPD Fraktion einen Nutzen für alle Beteiligten. An dieser Stelle sei der Bürgerinitiative gegen Geruchsbelästigung für ihre fachliche Beratung und Begleitung gedankt. Die Geruchsbelästigungen sind merklich zurückgegangen, dies auch Dank der Bemühungen der Firma Zeller, wovon wir uns bei einer Ortsbesichtigung überzeugen konnten.

Die notwendige Investition in die Erneuerung der Heizungsanlage der Neuen Pforte und des Rathauses wird aus Mittel des Konjunkturpaket II bezuschusst. Hier sei lobenswert die weitsichtige Planung, Initiative und Beantragung durch die Gemeindeverwaltung erwähnt. Der Austausch der Anlage bietet nach der Investition die Chance, Energie und die damit verbundenen Kosten zu sparen, sowie die Maßgaben zur Reduzierung des CO²-Verbrauches an öffentlichen Gebäuden Rechnung zu tragen. Ebenso besteht die Möglichkeit, auf regenerative Energien umzustellen um Nachhaltigkeit zu erreichen. Grundsätzlich ist die Energieeffizienz an öffentlichen Gebäuden weiter voranzutreiben.

Die größeren Investitionen am neuen Friedhof rücken näher und sind auch nicht mehr aufschiebbar. Das Gesamtvolumen von über 2 Millionen Euro streckt sich über 4 Jahre und soll 2014 abgeschlossen sein. Hier sei noch einmal die kreative und kostengünstige Lösung erwähnt, das Territorial aufzuschütten, um eine zeit- und geldraubende Untersuchung nach vermeintlich historischen Scherben zu vermeiden. Herzlichen Dank dafür an das ausführende Architekturbüro.

Insgesamt kann festgehalten werden, dass obwohl unsere Gemeinde einige Investitionen vor der Brust hat, diese, dank einer stabilen und bedachten Finanzpolitik in der Vergangenheit, gut meistern kann und wird. Wie eingangs schon gesagt, sind neben den ausgebliebenen Freudensprüngen allerdings auch sonst aktuell keine großen Sprünge machbar. Investitionen müssen weiterhin sorgfältig abgewogen werden, zumal die gesamtwirtschaftliche Entwicklung nach wie vor ungewiss ist.

An dieser Stelle sprechen wir der Verwaltung, an der Spitze mit unserem sehr engagierten Hans-Dieter, sowie den Abteilungen und Fachbereichen mit allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unseren Dank für die gute Zusammenarbeit aus. Ein besonderer Dank gilt der Finanzabteilung mit Frau Helm, Frau Renner und letztmalig auch Herrn Hammer für die Erstellung des Haushaltswerkes. Bei Frau Helm möchten wir uns herzlich für die Unterstützung und Erläuterung des Haushaltsplanes an unserer Klausurtagung bedanken.

Mutterstadt ist eine lebendige Gemeinde. Viele Organisationen und Vereine tragen zum Wohlbefinden und sozialen Miteinander bei. Wir im Gemeinderat wollen allen Bürgern eine lebenswerte Heimat erhalten und weiterentwickeln. Eine Bereicherung und Hilfe sind Menschen, die sich zusammentun und sich überlegen, wie wir unsere Mitbürger unterstützen und animieren können, sich selbst ehrenamtlich einzubringen.

An erster Stelle möchten wir hier der lokalen Agenda 21 danken. Mit der jährlichen Fortschreibung und Überwachung der Indikatoren für ein nachhaltiges Mutterstadt liefern Sie uns in Zusammenarbeit mit der Verwaltung eine Basis für Entscheidungen und zeigen Entwicklungen auf, die ohne eine statistische Auswertung nicht immer gleich erkannt werden. Die SPD-Fraktion vertraut auch für die Zukunft auf ihr überparteiliches Engagement.

Ein herzliches Dankeschön an unseren Partnerschaftsverein mit seinem Vorsitzenden Hans-Dieter Kuch. Sie bemühen sich um die Völkerverständigung und bringen Menschen aus Polen, Frankreich und Deutschland näher. Delegationen unsere Partnerstädte Oignies und Praszka besuchen alljährlich unseren Weihnachtsmarkt, aus Frankreich nahm nun auch schon wiederholt eine Gruppe an unserem Fasnachtsumzug teil.

Die von Frau Otto ins Leben gerufene Bürgerstiftung etabliert sich mehr und mehr mit eigenen Veranstaltungen in unserer Gemeinde. Wir wünschen ihr und ihren Mitstreitern weiterhin viel Erfolg und bedanken uns für Ihre Initiative. Dank dem engagierten Team um Frau Bauer behauptet sich unsere Gemeindebibliothek gut im Wettbewerb der Medienvielfalt. Mit Leseprojekten, wie aktuell im Januar und Februar: „Checken und Chillen“, bringen Sie Kindern und Jugendlichen Bücher spielerisch näher und tragen so zur Angebotsvielfalt unserer Gemeinde bei.

Im Jugendgemeinderat treffen sich regelmäßig Jugendliche mit Interesse für Kommunalpolitik. Wir danken ihnen um ihren Vorsitzenden Alexander Helbig für Ihr Engagement und wünschen viel Erfolg, insbesondere bei der Ansprache und Motivation von Gleichaltrigen, sich ebenfalls zu engagieren.

Herr Schemmel und sein Team im Jugendtreff planen und organisieren Veranstaltungen, um Jugendliche zusammenzubringen und Gesellschaft zu pflegen. Ein herzliches Dankeschön gilt insbesondere für die Durchführung der Ortsranderholung in den Sommermonaten in Zusammenarbeit mit der AWO und ihrer Vorsitzenden Frau Schulz. Diese Möglichkeit entlastet viele Familien während der Sommerferien.

Ebenso gilt ein herzliches Dankeschön dem Seniorenbeirat um Heidi Frosch und Gerd Deffner die für die Themen und Belange ihrer Generation ein Forum bieten.

Der Seniorentreff ist ein beliebter Treffpunkt und wird von Frau Kercher gut gemanagt. Herzlichen Dank dafür.

Die Seniorenresidenz hat sich im vergangenen Jahr mit neuer Leitung stärker in den Ort integriert. Der eingeschlagene Weg vom Team um den Leiter Klemens Ott ist begrüßenswert. Wir wünschen ihm weiterhin viel Erfolg.

Unser Kommunalpolitischer Arbeitskreis um seinen Vorsitzenden Sigbert Fuchs erarbeitet sich immer wieder Projekte in der Gemeinde. So haben sie sich zum Beispiel schon seit Jahren der Pflege des historischen Nachtweidebrunnens verschrieben und verdienen unseren Dank.

Ein herzliches Dankeschön gilt allen Bürgerinnen und Bürgern, die mit ihren Anregungen, Wünschen und konstruktiven Vorschlägen an unsere Fraktion herangetreten sind und damit unsere kommunalpolitische Arbeit unterstützen. Mit diesem Dank verbindet die SPD-Fraktion die Zusage, auch künftig weitere Ideen und Initiativen zu unterstützen und zu begleiten.

Wir wollen abschließend Dank sagen für die geleistete Arbeit

- Neben dem Bürgermeister den drei Beigeordneten, die nach unserer Kenntnis nach wie vor kollegial untereinander und mit dem Verwaltungschef vertrauensvoll zusammenarbeiten. Insbesondere unserem ersten Beigeordneten Klaus Leicht, dessen Fachkenntnisse und Erfahrungen speziell zum Thema Haushalt für unsere Fraktion unentbehrlich sind.
- Letztlich den Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen für die gute, konstruktive Zusammenarbeit im Gemeinderat und den Ausschüssen.

Die SPD Fraktion stimmt dem vorliegenden Haushaltsentwurf vorbehaltlos zu.

Haushaltsrede von Martin Binder (CDU):

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Schneider,
verehrte Beigeordnete Herr Leicht, Herr Lenz und Herr Strub,
liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat,
meine Damen und Herren!

Bewertung des Haushaltes

Mittlerweile kann man sagen, dass wir uns an den doppischen Haushalt gewöhnt haben, auch wenn wir nach wie vor über manche Positionen, wie Abschreibungen und Bewertung von Vermögen, noch stolpern.

Schon 2009 hatte sich das Jahresdefizit im Vergleich zum Ansatz etwa verdreifacht. Die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung gibt keinen Anlass zu einer günstigeren Prognose für dieses Jahr. Daher werden wir auch im Jahr 2010 den Haushalt nicht ausgleichen können. Unterm Strich steht sogar ein kassenwirksames Defizit von 117 T€ im Finanzhaushalt. Dies hat es in dieser Form in Mutterstadt schon lange nicht mehr gegeben. Die größten Einbrüche sind bei der Einkommens- und Gewerbesteuer zu verzeichnen. Wir begrüßen, dass die Finanzverwaltung auch in 2010 vorsorglich eine eher niedrige Schätzung vornimmt.

Erwähnenswert erscheint uns, dass trotz des deutlich gestiegenen Investitionsvolumens 2010 im Vergleich zu 2009, der Jahresfehlbetrag in etwa gleich bleibt.

Die politische Gestaltungsfähigkeit wird sich in den nächsten Jahren leider noch mehr an den finanziellen Rahmenbedingungen orientieren müssen. Notwendige Investitionen müssen trotzdem vorgenommen, andere können dagegen verschoben werden. Für Wünsche bleibt nicht mehr viel Raum.

Verkehr

Was die CDU bereits 1975 angeregt hatte, wurde im Dezember 2009 wahr. Mit der Anbindung der L524 an die B9 wurde die seitdem von allen Ratsfraktionen immer wieder geforderte Südumgehung von Mutterstadt fertig gestellt. Wir alle erhoffen uns von diesem Anschluss eine deutliche Verringerung des Durchgangsverkehrs durch Mutterstadt, insbesondere des Lastwagenverkehrs. Nach ersten Gesprächen mit Anwohnern hat sich der Verkehr schon reduziert. Nachdem die Anbindung nun besteht, erinnern wir an die gemeinsame Resolution des Rates an den Landesbetrieb Mobilität aus dem Jahre 2005 bezüglich eines LKW-Durchfahrverbotes und an unsere entsprechende Nachfrage vom Dezember 2007. Wir fordern heute erneut ein LKW-Durchfahrverbot für unsere Gemeinde. Die CDU geht davon aus, dass in dieser Frage alle Fraktionen am gleichen Strang ziehen.

Im Zusammenhang mit der bevorstehenden Flurbereinigung im Norden von Mutterstadt wird endlich eine Ortsumgehung entlang der A65 bis zur A61 für Traktoren gebaut werden. Auch hierauf hat die CDU Mutterstadt jahrelang gedrängt. Wir hoffen, dass diese neue Zufahrt zum Pfalzmarkt von den Landwirten angenommen wird und dass der Medardusring nun bald von landwirtschaftlichem Verkehr entlastet sein wird.

Nicht vergessen und bereits im Investitionsplan der Gemeinde berücksichtigt ist auch eine Süd-Umgehung für Traktoren im Zusammenhang mit der Entwässerungsmaßnahme „Süd-Spange“. Bis diese umgesetzt ist, sollte versucht werden, die Geschwindigkeiten in der Von-Ketteler-Straße durch Fahrbahnverswenkungen, wie bereits von der CDU gefordert, zu mindern.

Verkehrssicherheit für Radfahrer

Als einen neuen Schwerpunkt unserer Tätigkeit als CDU Fraktion haben wir uns die Verbesserung der

Verkehrssicherheit für Radfahrer in unserer Gemeinde vorgenommen.

Zu diesem Thema hat die „Lokale Agenda 21“ eine umfangreiche Erhebung durchgeführt und in diesem Jahr unter dem Titel „Mit dem Fahrrad durch Mutterstadt“ in einer umfassenden Publikation der Öffentlichkeit vorgestellt. Hierfür und für die Arbeit der vergangenen Jahre danken wir der Agenda - stellvertretend den beiden Sprechern Herrn Feldmeth und Herrn Stubenrauch - herzlich!

In Absprache und Zusammenarbeit mit den Initiatoren dieser Untersuchung hat die CDU Mutterstadt wesentliche Punkte aufgegriffen, konkretisiert und mit eigenen Gedanken und Vorschlägen ergänzt. Mehrere Vorschläge haben wir als Anträge zur Umsetzung bei der Gemeindeverwaltung eingereicht. Angesichts der angespannten Finanzlage unserer Gemeinde waren wir natürlich auch darauf bedacht, dass die Vorhaben nicht mit allzu hohen Kosten verbunden sind. Zur Erinnerung nochmals eine Auswahl unserer Forderungen:

Die CDU Fraktion hält Querungshilfen in der Ludwigshafener Straße in Höhe der Bohligstraße und in der Waldstraße in Höhe des Autohauses Oster für sinnvoll und notwendig. Beide Übergänge werden immer wieder von Fußgängern und Radfahrern genutzt, und es bestehen derzeit keine sicheren Querungsmöglichkeiten.

Des Weiteren könnte durch eine Umgestaltung des nordwestlichen Parkstreifens im Medardusring zwischen Ruchheimer Straße (Kreisel) und Fußgönheimer Straße ein in beiden Richtungen nutzbarer Radweg eingerichtet werden. Damit wäre auf Radwegen eine lückenlose Umfahrung des nördlichen Teils von Mutterstadt vom Ortseingang aus Richtung Ludwigshafen-Maudach bis zum Ortsausgang in Richtung Dannstadt und umgekehrt möglich. Diesen Antrag hatten wir erstmals am 29.07.2005 dem damaligen Bürgermeister unterbreitet und zusätzlich am 05.09.2006 in den Gemeinderat eingebracht.

Da die durchschnittliche Anzahl parkender PKWs in diesem Bereich überschaubar ist, kann diese Maßnahme kostengünstig und ohne größere bauliche Veränderungen durch die Umwidmung des jetzigen Parkstreifens in einen in beiden Richtungen benutzbaren Radweg umgesetzt werden. Sie garantiert dann die Verkehrssicherheit der Rad fahrenden Verkehrsteilnehmer in diesem Straßenabschnitt in gleichem Maße wie im weiteren Verlauf des Medardusrings.

Eine weitere Verbesserung der Situation für Radfahrer im Ort wäre ein Radweg in der Ludwigshafener Straße auf der - ortsausträts gesehen - linken Seite. Der Radweg soll nach Vorstellung der CDU in beiden Richtungen nutzbar sein. Dafür benötigt er eine Mindestbreite von 2,40 m. Er soll hinter der Neuen Pforte beginnen und bis zur Einmündung der Friedensstraße verlaufen. Anschließend kann er in den bestehenden Radweg nach Maudach übergehen. Das zurzeit auf dem Gehweg neben dem alten Friedhof erlaubte Radfahren kann dann aufgehoben werden.

Der Vorteil des beantragten Radweges liegt darin, dass Radfahrer von der Ortsmitte aus durchgehend auf einer eigenen Trasse fahren können, z.B. auch, um zum neuen Friedhof oder zu den Märkten von Lidl und Deichmann zu gelangen. Einher gehend mit diesen Vorschlägen, sollte die überörtliche Radwegeführung nach Mutterstadt hinein und aus Mutterstadt hinaus neu ausgeschildert werden bzw. die Beschilderung erneuert werden. Zum Teil sind die vorhandenen Hinweiszeichen nicht mehr lesbar.

Mit der Umsetzung dieser Ideen könnte die Gemeinde Mutterstadt – nicht im Jahr 2010 – aber in naher Zukunft zu einem wirklich fahrradfreundlichen Ort werden!

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, die CDU Fraktion weiß sehr wohl, dass diese Vorhaben Geld kosten werden. Wir wissen auch, dass in Zeiten knapper Kassen nicht alle wünschenswerten Vorhaben sofort umgesetzt werden können. Wir meinen aber, dass die meisten unserer Anregungen ohne großen finanziellen Aufwand realisierbar sind und – insbesondere, wo es sich um sicherheitsrelevante Vorhaben handelt, auch umgesetzt werden sollten.

Ortskerngestaltung

Für die CDU Mutterstadt ist die Entwicklung und Umsetzung eines Konzeptes zur Ortskerngestaltung und Dorferneuerung ein Schwerpunkt in den nächsten Jahren. Dies haben wir bereits in der letzten Haushaltsrede deutlich gemacht.

Da wir das Thema als zu wichtig für parteipolitische Auseinandersetzung betrachten, war unser Anliegen schon immer, auf Konsens mit den anderen Parteien und der Verwaltung zu achten. Im Vorfeld der Kommunalwahl im letzten Jahr haben sich alle Parteien mehr oder weniger zu diesem Thema positioniert. Wir haben mit Genugtuung zur Kenntnis genommen, dass im Haushalt ein Punkt „Dorfmoderation“ aufgeführt ist.

Wir gehen davon aus, dass sich viele dafür interessieren und daran beteiligen. Der Qualität und der Vielfalt der zu gewinnenden Ansätze kann dies nur zum Vorteil gereichen.

Für die Planung der Ludwigshafener Straße in der Ortsmitte sind im Haushalt bis zu 80.000,00 € vorgesehen. Eine Kreisellösung mit Wegfall der Abbiegespuren lässt Spielräume zur Neugestaltung der Gesamtfläche entstehen. Durch den Umbau des ehemaligen „Cafe Kuhn“ und mit einem möglichen Verkauf des alten Postgebäudes stehen weitere Gestaltungsmöglichkeiten im Raum, welche mangels Konzept zur Zeit nicht zufriedenstellend eingeordnet werden können.

Daher möchte ich für die CDU deutlich klarstellen: Lediglich ein Umbau der Hauptstraßen wäre unserer Ansicht nach ein völlig unzureichender Ansatz. Die CDU möchte eine Lösung, welche unserer Dorfgemeinschaft neue Impulse gibt. Ein wesentlicher Punkt für uns ist dabei die Entwicklung eines Dorfplatzes im Ortszentrum. Zentral gelegen, aber dennoch als Ruhezone, könnte er uns allen neue Möglichkeiten des Miteinanders geben und zu einer Aufwertung des Zentrums führen.

Wir sind uns sicher, dass eine solche Steigerung der Attraktivität unseres Dorfes, zusammen mit der schon vorhandenen Infrastruktur, eine neue Zugkraft bewirkt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitbürger, beteiligen Sie sich mit Ihren Ideen an diesem Projekt. Das Thema geht uns alle an.

Kindergärten

Mit Beginn dieses Jahres haben 2-jährige Kinder, ab 2013 auch die 1-jährigen Kinder einen Rechtsanspruch auf einen Tagesstättenplatz. Wie für alle Gemeinden bedeutet diese gesetzliche Verpflichtung der Kommunen auch für Mutterstadt einen enormen finanziellen Klimmzug. Gesetzliche Verpflichtungen die, wie Sie Herr Bürgermeister zu Recht festgestellt haben, nicht von uns als Gemeinde beeinflusst werden können. Es ist ärgerlich, wenn Bundes- und Landespolitiker aller Couleur sich mit diesen Maßnahmen schmücken, aber deren Finanzierung den Kommunen überlassen.

Allein für dieses Jahr sind in Mutterstadt ca. 50 Plätze für 2-Jährige zu schaffen. Die Gemeinde unterstützt daher mit erheblichem Beitrag die katholische und protestantische Kirche beim Ausbau ihrer Kindergärten. Gleichzeitig baut sie selbst die Kindertagesstätte im Haus des Kindes aus. Insgesamt fließen so etwa 1,8 Mio € in diese drei Erweiterungs- und Umbaumaßnahmen. Auch wenn Kreis und Land die Maßnahmen bezuschussen, muss der größte Teil der Summe (1,3 Mio €) doch von der Gemeinde aufgebracht werden.

Wir wünschen unseren jüngsten Bürgern mit diesem Platzangebot deutlich verbesserte Startchancen. Zweifel kommen allerdings auf, ob die beabsichtigte Förderung der Kinder erreicht wird, wenn trotz der deutlichen Mehrarbeit für die Erzieherinnen die Zahl der Planstellen in den Kindergärten nur unwesentlich angehoben wird. Hier gilt es für die Verantwortlichen, welche primär nicht auf der kommunalen Ebene sitzen, nachzusteuern.

Schulen

Bei den Schulen stand im letzten Jahr die Grundschule „im Mandelgraben“ im Fokus. Grund dafür ist die beabsichtigte Umstellung auf den ganztägigen Schulbetrieb mit Beginn des kommenden Schuljahres. Nachdem der Gemeinderat am 01.09. des vergangenen Jahres der Einrichtung der „Ganztageschule in Angebotsform“ zugestimmt hatte, gilt es nun, schnell und unbürokratisch die erforderlichen umfangreichen Planungs- und Umbaumaßnahmen in die Wege zu leiten. Die CDU-Fraktion ist dazu bereit. Wir erwarten aber eine offen begleitende Information über Planungs- und Ausführungsfortschritt. Nur so wird es möglich sein, frühzeitig zu einem gemeinsam getragenen Vorgehen zu kommen und Verzögerungen durch nachträgliche Änderungen zu vermeiden. Dies gilt sowohl für die Planungsarbeiten des Architekten, wie auch für die noch offenen, kostenträchtigen Fragen, z.B. die eines künftigen Kantinen- oder Mensabetriebs. Unsere Vorstellungen zum Vorgehen haben wir bereits frühzeitig geäußert.

Die erforderlichen Umbaumaßnahmen mit einem Volumen von ca. 1,25 Mio € werden die Gemeinde trotz Förderung durch Bund, Land und Kreis finanziell erheblich belasten. Wir erwarten daher von der Schulleitung im Gegenzug ein anspruchsvoll gestaltetes pädagogisches Konzept für den Nachmittagsbetrieb, das über eine bloße Aufsicht hinausgeht. Wir wissen, welche begrenzten Mittel dafür zur Verfügung stehen und welche immense Arbeit auf Schulleitung und Lehrerkollegium zukommt. Da aber sowohl Herr Schuster als auch Frau Zinkgraf dabei auf eigene Erfahrungen aus ihren früheren Schulen zurückgreifen können, sind wir optimistisch.

Wir wünschen allen Beteiligten gute Nerven, insbesondere für die erste Zeit im neuen Schuljahr, in der der Unterricht bei parallel laufenden Umbaumaßnahmen abgehalten werden muss.

Energieeinsparungen

Im April 2008 hatte die CDU-Fraktion beantragt, sämtliche Straßenbeleuchtungen auf die Möglichkeit zur Energieeinsparung zu überprüfen. Bei den folgenden Gesprächen zwischen Verwaltung und Pfalzwerken ergab sich, dass eine ganze Reihe von Lampen durch Natrium-Hochdrucklampen ersetzt werden könne. Die damit erzielte Kosteneinsparung im Energieverbrauch sollte 13.000,00 € im Jahr betragen. Der Aufwand des Austauschs würde sich dadurch in weniger als einem Jahr amortisieren.

Die Gemeindeverwaltung lässt daraufhin seit letztem Jahr in ganzen Ortsteilen flächendeckend Leuchtkörper bzw. Leuchtmittel austauschen. Wir bitten die Verwaltung nun, in Form einer Nachkontrolle festzustellen, ob tatsächlich Einsparungen in der erwarteten Höhe erreicht werden. Des Weiteren sollte geprüft werden, inwiefern zukünftig der Einsatz von LED-Leuchten möglich ist.

Bereits im Jahr 2007 hatte die CDU-Fraktion die Verwaltung gebeten, den Energieverbrauch einzelner gemeindeeigener Gebäude zu erfassen und in übersichtlicher Form aufzulisten. Daran schloss sich eine Untersuchung zur Energieeinsparung im Rathaus und in der Neuen Pforte durch einen Energieberater an. Dessen Vorschläge flossen z.T. in Maßnahmen ein, die im vergangenen Jahr im Rahmen des Konjunkturprogramms II angestoßen wurden. Mit diesem vom Bund subventionierten Programm wurden bzw. werden z.B. umgesetzt:

- Sanierung bzw. hydraulischer Abgleich von Heizungsanlagen im Rathaus, in der Grundschule „Im Mandelgraben“ und im „Haus des Kindes“
- umfangreiche Wärmedämmmaßnahmen im Kegelcenter.

Auch das in diesem Haushalt vorgesehene neue Heizungssystem für Rathaus und Neue Pforte wird zur Verbesserung der Energieeffizienz beitragen. Sofern bestimmte Kriterien erfüllt werden, wird dieses mit über 300 T€ veranschlagte Projekt zu annähernd 140 T€ ebenfalls aus dem Konjunkturprogramm II gefördert.

Wir fordern die Verwaltung auf, im Sinne eines verantwortungsbewussten Energiemanagements Maßnahmen zu ergreifen, um den Energieverbrauch verbrauchsintensiver Gebäudeteile und großer Verbraucher getrennt erfassen zu können. Nur so können gezielt weitere Einsparungsmöglichkeiten erkannt und der Erfolg von Maßnahmen kontrolliert werden.

Seniorenarbeit in Mutterstadt

Die CDU Fraktion sieht in der Einrichtung des Seniorenbeirates nicht nur die Erfüllung einer langen Forderung, sondern auch die Möglichkeit, die Mutterstädter Senioren zu einer fruchtbaren und konzentrierten Zusammenarbeit mit parallel bestehenden Einrichtungen in Kirchen, Vereinen und mit der Bürgerstiftung zu führen. Eine Koordinierung von Gemeindegeseite hat sich bewährt, und Frau Kercher gilt unser herzlicher Dank.

Jugendtreff

Die Betreuung der Waldranderholung in den Sommerferien durch Mitarbeiter des Jugendtreffs und durch freiwillige Helfer hat sich mittlerweile etabliert und wird nach unserer Erfahrung gut angenommen. Die Entwicklung seit 2008 stellt sich positiv dar.

Es wäre zu begrüßen, wenn weiterhin Anstrengungen unternommen würden, den Jugendtreff im Ort noch bekannter zu machen und Angebote gemeinsam mit Schulen und Vereinen zu entwickeln. Hier gibt es sicherlich noch Steigerungsmöglichkeiten. Wir erwarten gespannt den Jahresbericht 2009, um zu sehen, ob die angekündigten Projekte, wie AG-Angebote an der IGS oder der Malkurs im Jugendtreff selbst auch umgesetzt wurden. Im Bereich des schulischen Engagements wäre sicherlich auch die künftige Ganztageschule im Mandelgraben ein mögliches Betätigungsfeld für die Leitung des Jugendtreffs.

Städtepartnerschaften

Mutterstadt hat Städtepartnerschaften mit Praszka seit 2002 und mit Oignies seit 2004. Die Partnerschaft mit unserer polnischen Partnergemeinde war anfangs ausgesprochen herzlich, ist dann aber durch lokalpolitische Veränderungen in Praszka etwas eingetrübt worden. Sie erfordert zur Zeit eine besondere Pflege, auch durch unsere Verwaltung. Die Partnerschaft zu unserer französischen Partnergemeinde war, bedingt auch durch historische Belastungen, von Anfang an deutlich zurückhaltender. Zur Überwindung dieser Zurückhaltung galt es, ein dickes Brett zu bohren. Unermüdlich arbeiteten daran einige französische Familien, allen voran die von Serge Debuissou, und Herr Kuch vom Mutterstädter Partnerschaftsverein. Nicht zuletzt durch Ihren Besuch, Herr Bürgermeister, kurz nach Ihrem Amtsantritt, sowie durch Auftritte verschiedener Mutterstädter Vereine, beginnt das Eis nun auch in Oignies zu schmelzen. Wenn alles gut läuft, können wir im Frühjahr die erste französische Bürgergruppe in Mutterstadt begrüßen. Unser Dank für diese Entwicklung gilt vor allem Herrn Kuch und dem Partnerschaftsverein, der in diesem Jahr sein 10-jähriges Bestehen feiert.

Bei aller Euphorie: Beide Partnerschaften sind weit davon entfernt, Selbstläufer zu sein. Der enorme persönliche Einsatz des gesamten Vorstandes des Partnerschaftsvereins ist und bleibt auf absehbare Zeit notwendig. Sollte die Verwaltung sich stark machen für eine weitere Partnerschaft, z.B. mit Naturns, geht sie aus unserer Sicht auch eine Verpflichtung zur weitergehenden Unterstützung ein, wenn sie die bisherigen Partnerschaften nicht gefährden will.

Geruchsbelästigung

Die Geruchsemissionen haben sich auf einem niedrigen Niveau stabilisiert. Nichtsdestotrotz sind sie weiterhin störend vorhanden. Wir hoffen, dass mit der geplanten Umgestaltung des Betriebsgeländes der Firma Zeller die Probleme weiter verringert werden können.

Wald, Erholung und Umwelt

Viele Jahre hatte die Gemeinde ein Defizit bei der Bereitstellung von Ausgleichsflächen. In diesem Jahr konnte das Ökokonto endlich ausgeglichen werden. Zur Zeit hält die Gemeinde sogar einige Flächen mehr zum Ausgleich für

bebaute Flächen vor als gesetzlich vorgeschrieben. Wir werden die noch zu erbringende ökologische Aufwertung der Flächen unterstützen.

Gebetshaus des Türkisch-Islamischen Kulturvereins

Der Umbau des früheren Emmrich-Hauses zu einem Gebetshaus des Türkisch-Islamischen Kulturvereins wurde in der Bevölkerung überwiegend positiv aufgenommen. Die CDU Fraktion freut sich, dass hier ein Meilenstein gelebter Integration entstanden ist. Die Gemeindeverwaltung sollte sich in nächster Zeit um die Einrichtung des vorgesehenen Beirates kümmern. So wird ein regelmäßiger Austausch zwischen Türkisch-Islamischem Verein, Kirchen, und Gemeinde möglich.

Freiwillige Leistungen

Trotz nicht gerade rosiger Haushaltlage sind wir uns, glaube ich, alle einig, dass die freiwilligen Leistungen nicht noch weiter gekürzt werden sollten. Die Gemeinde unterstützt ehrenamtliches Engagement in unseren Vereinen durch Sportstätten, mit dem Haus der Vereine, durch das Palatinum und auch finanziell. Diese Unterstützungen sind Hilfestellungen für alle Gruppierungen, die sich um das Gemeinwohl in unserer Kommune einsetzen. Für dieses bürgerschaftliche Engagement dankt die CDU Fraktion allen Aktiven in den Mutterstadter Vereinen und Gruppen.

Bibliothek

Wir haben uns immer wieder bei Frau Bauer und Ihrem Team von der Gemeindebibliothek für ihre kreative Arbeit bedankt. Auch in diesem Jahr gibt es hierfür erneut Anlass. Was Sie, Frau Bauer, trotz der leider knappen Mittel auf die Beine stellen ist beachtlich. Wir denken dabei zum Beispiel an den Lesesommer oder an die Aktion „Checken und Chillen!“, mit denen gerade jugendliche Leser in die Bücherei gelockt werden. In der Zusammenarbeit mit den örtlichen Kindertagesstätten ebnen Sie, Frau Bauer, auch den Weg für die Kleinsten in die Bibliothek. Für uns eine vorbildliche Arbeit! Hierfür danken wir Ihnen und ihren Mitarbeiterinnen ganz besonders. In diesem Zusammenhang gilt ein weiteres Wort des Dankes der Kreissparkasse für die Rollregale und die Unterstützung der Aktion „Checken und Chillen“.

Freiwillige Feuerwehr

Den Wehrleuten um Herrn Geib gebührt auch in diesem Jahr unser Dank. Gerade mit den umliegenden Autobahnen und deren Ab- und Auffahrten ist die Arbeit zur Sicherheit der Mutterstadter Bürger nicht immer einfach. Die Gemeinde versucht im Rahmen ihrer Möglichkeiten, diese Arbeit zu unterstützen und zu fördern. Wie stark Ihr Rückhalt in der Gemeinde ist, sehen Sie an dem Zuspruch der Mutterstadter zu Ihrem alljährlichen Feuerwehrfest.

Zustimmung

Die CDU Fraktion unterstützt den Sparwillen der Gemeinde voll und ganz!

Wie anfangs gesagt, müssen sich Investitionen in wirtschaftlich schwierigen Zeiten auf das Nötigste beschränken. Das heißt aber nicht, dass es auch eine Beschränkung im Denken geben soll. Alle Fraktionen im Gemeinderat hatten und haben immer wieder gute Ideen und Vorschläge. Diese offen zu diskutieren und damit unsere Gemeinde fit für die Zukunft zu machen, muss unser aller Anspruch sein - auch in finanziell angespannter Lage.

In diesem Sinn möchte die CDU-Fraktion der Verwaltung für ihre Arbeit danken. Insbesondere danken wir denjenigen Mitarbeitern in der Verwaltung, die an der Erstellung des vorliegenden Haushaltsplanentwurfs beteiligt waren, allen voran Frau Helm und Frau Renner. Auch Herrn Hammer, der im Dezember in den Ruhestand verabschiedet wurde, dürfen wir – letztmals – danken. Nicht zuletzt gilt unser Dank in diesem Jahr erstmals Frau Helm auch dafür, dass sie uns den Haushaltsentwurf und die doppelte Haushaltsführung auf unserer Klausurtagung ausführlich und geduldig erläutert hat. Allen Kolleginnen und Kollegen im Rat dankt die CDU-Fraktion, wie in jedem Jahr, so auch heute für die gute und konstruktive Zusammenarbeit.

Die CDU-Fraktion stimmt der vorliegenden Fassung des Haushaltes der Gemeinde Mutterstadt für das Jahr 2010 zu.

Haushaltsrede von Hartmut Kegel (FWG):

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Schneider, werte Herren Beigeordnete Leicht und Lenz liebe Ratskolleginnen und -kollegen,

meine Damen und Herren,

als Fraktionssprecher der Freien Wählergruppe obliegt es mir, den Haushaltsplan und den Investitionsplan für die folgenden Haushaltsjahre zu kommentieren. In Anbetracht der vorliegenden Planungsdaten ist es nur möglich, mittels einer Prioritätenliste die geplanten Investitionsvorhaben abzuarbeiten.

Finanzielle Gesamtsituation

Aufgrund von Mindereinnahmen bei Gewerbe- und Einkommensteuer entstand im vergangenen Haushaltsjahr 2009 ein Defizit von ca. 1,4 Mio. €, welches nur durch freie Liquiditätsmittel und einer Kreditaufnahme ausgeglichen werden konnte.

Der Haushaltsplan für 2010 weist im Finanzhaushalt einen Fehlbetrag von ca. 1,7 Mio. € aus, wovon ca. 1,6 Mio. € auf geplante wichtige Investitionen entfallen. Ein Großteil der geplanten Investitionen von ca. 3,2 Mio. € ist notwendig, um gesetzliche Vorgaben bezüglich der Schaffung von zusätzlichen Kindergartenplätzen und der Umbau der Grundschule im Mandelgraben zur Ganztageschule zu erfüllen. Des Weiteren sollen in diesem Jahr mehrere Baumassnahmen durchgeführt werden, auf die ich im einzelnen eingehen werde. Mit einer Kreditaufnahme von bis zu 1,6 Mio. € befinden wir uns in trauriger Gesellschaft mit den meisten Kommunen im Land.

Da die Eröffnungsbilanz zum 01.01.2009 noch nicht geprüft werden konnte, ist die Höhe der jährlichen Abschreibungen bislang nur ungefähr bekannt. Möglicherweise fallen diese etwas geringer aus und entlasten somit den Finanzhaushalt. Die Summe der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit ist mit 12,15 Mio. € etwas geringer als im Plan 2009. Die Schätzung der Anteile an Gewerbe- und Einkommensteuern wurde auf dem Niveau des vergangenen Jahres fortgeschrieben.

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sind um 200 T€ erhöht. Darin enthalten sind Aufwendungen aufgrund des Konjunkturpaketes II von 100 T€ enthalten.

Meine Damen und Herren,

da die Geschäfte der laufenden Verwaltung nur in engen Grenzen beeinflussbar sind und in der Kompetenz des Bürgermeisters liegen, liegt der Schwerpunkt aller Haushaltsreden auf den geplanten Investitionen. Diese in den

Finanzhaushalt einfließenden Maßnahmen sind mit rund 3,2 Mio. € veranschlagt und sind im Investitionsplan einzeln aufgeführt.

Ortskerngestaltung

Der Zuschuss zur Erneuerung der Straßenleuchten von 32 T€ ist notwendig. Dies ist ein Beitrag zur Energieeinsparung und das angenehme gelbe Licht wertet den Ort auf.

Die Planungen für die Neugestaltung der Ortsmitte im Bereich der Ampelkreuzung greifen in die einmündenden Straßen ein. Bereits vorliegende Teilplanungen, die es z.B. für die Ludwigshafener und die Oggersheimer Strasse gibt, sollten Berücksichtigung finden. Weitere Kurzzeitparkplätze in diesem Bereich würden von der örtlichen Geschäftswelt sicherlich begrüßt.

Die Kreuzung Oggersheimer / Ruchheimer Straße wird durch den Abriss des ehemaligen Cafes „Böhles“ übersichtlicher. Inwieweit die in diesem Bereich einmündenden 5 Straßen in einen Kreislauf eingebunden werden können, oder ob eine andere sinnvolle Kreuzungslösung erreicht werden kann, muss eine Planung aufzeigen.

Nachdem die freie Wählergruppe im Bereich des Altenheims eine 30km-Zone durchsetzen konnte, sollte die Verbreiterung des gegenüberliegenden Gehsteigs an den Engstellen erfolgen.

Ganztageschule und Kindertagesstätten

Die Einrichtung einer Ganztageschule im Mandelgraben, sowie die Erweiterung der Kindertagesstätte „Haus des Kindes“ wird durch einen gemeinsamen Umbau mit Kosten von 950 Tsd. Euro im Jahr 2010 in Angriff genommen. Im folgenden Jahr sind weitere 1,05 Mio. € eingeplant. Diese große Maßnahme, die sowohl vom Land, als auch vom Kreis bezuschusst wird, wertet dieses Zentrum auf und erhöht die Attraktivität von Mutterstadt als Wohngemeinde.

Der kath. und ein ev. Kindergarten werden für die Erweiterung ihres Betreuungsangebotes für 2-jährige Kinder von der Gemeinde mit 90 % der Investitionskosten unterstützt.

Heizung Rathaus/Neue Pforte

Das neue Rathaus und die Neue Pforte sollen für 350 T€ eine gemeinsame Heizung erhalten. Da es anscheinend keine Baupläne der Heizungen für diese doch relativen neuen Gebäude gibt, muss ein Fachbüro eine Bestandsaufnahme erstellen, sowie den Leistungsbedarf für diese Großanlage ermitteln. Nur so kann eine solide Grundlage für dieses Investitionsvorhaben geschaffen und die jährliche Kostenbelastung für die lange Nutzungsdauer abgesichert werden.

Palatinum

Unser Palatinum präsentiert sich nach den Verbesserungsmaßnahmen sehr ansprechend und ist zu einer festen Größe für das kulturelle Angebot Mutterstadts, aber auch für unseren Haushalt geworden. Der Betriebskostenanteil konnte reduziert werden, dennoch verbleibt ein Zuschussbedarf inkl. Zinsen und Abschreibung von 785 T€. Mit der neuen Werkleiterin, der Leiterin der Finanzabteilung Frau Helm, sowie mit Frau Renner ist es personell gut ausgestattet. Auch in diesem Jahr werden wieder zahlreiche Vereinsjubiläen gefeiert und es ist hoffentlich mehrmals so gut besucht wie beim diesjährigen Neujahrsempfang des Bürgermeisters.

Randale auf der Kerwe

Unsere Kerwe im August entwickelt sich immer mehr zu einem Besuchermagnet. Leider gibt es vermehrt Beschädigungen und Belästigungen. Die freie Wählergruppe hat in einem Antrag an den Bürgermeister diese Problematik aufgegriffen und Lösungsvorschläge unterbreitet. Unter anderem muss der Jugendschutz besser beachtet, Alkoholmissbrauch und Gewalttätigkeiten eingedämmt werden. Bewirtungsprobleme im Festzelt und im Freigelände, sowie zu wenige Toilettenstandorte wurden ebenfalls angesprochen.

Agenda

Die lokale Agenda leistet wertvolle Arbeit für unseren Ort. So wurde Anfang vergangenen Jahres ein detaillierter Fahrradwegebericht vorgestellt, der Bestandteil der allgemeinen Straßenplanung werden muss. Durch die vollständige Bepflanzung der jetzigen Streuobstwiese, sowie durch die Erfüllung der Ausgleichflächenbilanz wurden sinnvolle Ziele im Außenbereich erreicht. Die jährliche Fortschreibung der Indikatoren bietet eine wichtige Entscheidungshilfe für die Entscheidungsprozesse in den Gremien.

Herzlichen Dank für ihren unermüdlichen Einsatz.

Seniorenvertretung, Jugendvertretung, Partnerschaftsverein

Zu Beginn dieser Gemeinderatssitzung haben wir die Jahresberichte des Seniorenbeirats und der Jugendvertretung vorgestellt bekommen. Für diese ehrenamtliche Tätigkeit möchte ich mich im Namen der Wählergruppe bei den Vertretern bedanken.

Ebenso beim Partnerschaftsverein für seine Bemühungen bei der Völkerverständigung.

Verkehr

Mitte Dezember wurde die Anbindung der L524 an die B9 freigegeben und somit unser Gewerbegebiet besser an das Autobahnnetz angeschlossen. Dieser verkehrsentlastende Anschluss bringt für unseren Ort die von vielen Bürgern lang ersehnte Entlastung und bietet nun die Chance, in der Ortslage die Verkehrsströme neu zu lenken. Der enorme Quell- und Zielverkehr im Ort macht diese Bemühungen nicht leicht. Leider stellt die Querungshilfe für landwirtschaftliche Fahrzeuge auf der neuen Straße kurz hinter der Autobahnbrücke eine Gefahrenstelle dar, die dringend durch ein Hinweisschild mit Tempolimit entschärft werden muss.

Die Arbeiten am Anschluss L530 / A61 zur Anbindung des Gewerbegebietes Dannstadt und des Pfalzmarktes haben begonnen. Erst bei seiner Fertigstellung wird es möglich sein, den durchfahrenden Schwerlastverkehr gänzlich aus unserem Ort zu verbannen.

Außenbereich

Gewerbegebiet

Der Erweiterung des Gewerbegebietes kann nach der Anbindung der L524 an die B9 zugestimmt werden. Durch die Ansiedlung von Gewerbe- und Dienstleistungsbetrieben werden die Gewerbesteuererinnahmen unserer Gemeinde steigen. In Zusammenarbeit mit dem privaten Investor sollte sich die Verwaltung um ansiedlungswillige Betriebe, z.B. eine Großbäckerei bemühen.

Gewässer und Südspange

Obwohl die vergangenen Jahre relativ trocken waren, hat der Grundwasserstand im Gemarkungsbereich nicht abgenommen. Aktuell steht das Wasser wieder so hoch, wie im Jahr 2003, indem es großflächige Vernässungen, aber

auch Grundwasserprobleme im westlichen Ortsbereich gab. Die vorhandenen Entwässerungsgräben müssen ihren Zweck als Vorfluter erfüllen. Nachdem es schon im vergangenen Jahr Bewirtschaftungsprobleme wegen Vernässung im Bereich des 1. und 2. Neugrabens gab, wurde als hauptsächliche Ursache wiederholt eine verbotene Aufstauung des Kreuzgrabens bei der Vogelwiese in Ruchheim ermittelt. In diesem Bereich ist der Kreuzgraben der einzige Abfluss für einen großen Gemarkungsbereich Mutterstadts. Wir fordern hier von der Verwaltung eine bessere Unterstützung für die betroffenen Grundstückseigentümer, da sonst die Bewirtschaftung der Äcker im Frühjahr nicht erfolgen kann. Die Grabenreinigung und Räumung blockierter Sohlenabschnitte müssen in Zusammenarbeit mit dem Grünflächenamt in Ludwigshafen schnellstmöglich erfolgen.

Ebenfalls soll in diesem Jahr das geänderte Planfeststellungsverfahren für die Südspange vorgestellt werden. In diesem Verfahren zum Hochwasserschutz für Marlach und Floßbach muss unser örtliches Grabensystem sinnvoll und effektiv an die neue Ableitung angeschlossen werden.

Wirtschaftsweg Nordumfahrung

Das Flurbereinigungsverfahren für den nördlichen Pfalzmarktweg ist eingeleitet. Somit ist es möglich, den geplanten Wirtschaftsweg geradlinig zu realisieren, damit er auch seine Entlastungsfunktion für unseren Ort erfüllen kann. Die erforderlichen Ausgleichsflächen können zur Schaffung und Verbreiterung von Gewässerrandstreifen verwendet werden.

Landwirtschaftliche Wege

In unserer Gemarkung verlaufen zahlreiche befestigte landwirtschaftliche Wege, die von den Grundstückseigentümern bezahlt und über den Feldwegbeitrag, die Jagdpacht sowie die Grundsteuer A erneuert und instandgehalten werden. Viele dieser Wege sind als Radwege ausgewiesen und werden stark frequentiert. Somit kommt es häufig zur Begegnung zwischen Bewirtschaftern und Privatpersonen. Die landwirtschaftlichen Betriebe weisen ihre Fahrer auf besondere Rücksichtnahme beim Befahren dieser Wege an. Eine ständige Zunahme des Verkehrs durch unberechtigte Fahrzeuge besonders im Bereich der von Kettelerstrasse muss unterbunden werden.

Kompostanlage

Die aktuelle Betriebsplanung der Firma Zeller wird von der freien Wählergruppe begrüßt und unterstützt. Bei einer kürzlich durchgeführten Besichtigung des Betriebes „In der Schlicht“ konnten wir uns von der Sachkompetenz des Betriebsinhabers und vom neuen Konzept der Kompostierung überzeugen. Der Verzicht auf die Verwendung von Biomüll reduziert die Geruchsemission und erhöht die Chancen auf die Verwendung auf landwirtschaftlichen Flächen. Die Verlegung des Wertstoffhofes im Zusammenwirken mit Limburgerhof ist sinnvoll.

Sehr geehrte Damen und Herren,

lassen sie mich abschließend Herrn Bürgermeister Hans-Dieter Schneider, den ehrenamtlichen Beigeordneten Lenz, Leicht und Strub für ihr Engagement danken. Der neuen Leiterin der Finanzverwaltung Frau Helm sage ich Dankeschön für ihre immense Arbeit mit dem vorliegenden Zahlenwerk.

Mein Dank gilt weiterhin allen Mitarbeitern der Verwaltung, im besonderen den Abteilungsleitern, Holzwarth, Klein, Becker und Geib, sowie der Gleichstellungsbeauftragten Frau Kercher für die geleistete Arbeit.

Den Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat und in den Ausschüssen sei für die konstruktive und sachbezogene Zusammenarbeit gedankt.

Die Freie Wählergruppe hat sich in ihren Sitzungen eingehend mit dem aktuellen Haushaltsplan befasst. Trotz knapper finanzieller Mittel wird es möglich sein, die wichtigsten Investitionen in Angriff zu nehmen, wenn auch nur durch die Aufnahme von Fremdmitteln. Inwieweit das Defizit durch den Verkauf von gemeindeeigenem Gelände verringert werden kann, wird sich im Laufe des Jahres zeigen. Die Fraktion der freien Wählergruppe stimmt der Haushaltssatzung, dem doppelhaushaltsplan 2010, sowie dem Investitionsplan der Jahre 2011-2013 zu.

Ich danke für ihre Aufmerksamkeit.

Haushaltsrede von Dr. Ulrich Hettenbach (FDP):

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

meine Damen und Herren,

wie wir bereits mehrfach gehört haben, konnte der Haushalt für das Jahr 2009 nicht ausgeglichen werden. Der für das Jahr 2010 vorgelegte Haushaltsplan weist einen Fehlbetrag von 1 434 530 € aus. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, dass auch für die kommenden Jahre nicht mit einem ausgeglichenen Haushalt gerechnet werden kann.

Als Grund für diese unbefriedigende Entwicklung wird auf die Finanz- und Wirtschaftskrise hingewiesen, die Deutschland und damit auch unsere Gemeinde Mutterstadt erfasst hat. Das, meine Damen und Herren, ist richtig, es ist aber auch nicht die ganze Wahrheit. Wir haben als Gemeinde eben auch über unsere Verhältnisse gelebt. Allein das Palatinum belastet den Gemeindehaushalt im Jahr 2010 mit 785.450,00 €. Wären diese Kosten nicht von der Gemeinde zu übernehmen, könnte das Defizit auf weniger als die Hälfte, nämlich auf 649.080,00 € verringert werden.

Ich erwähne dies nicht in besserwisserischer Art, weil wir als FDP seinerzeit gegen den Bau des Palatinums gestimmt haben. Vielmehr soll uns dies daran erinnern, dass die meisten Investitionen den Haushalt nicht nur eines Jahres sondern oft sehr viel länger belasten. Darum müssen wir uns gut überlegen, ob alle im Haushaltsplan vorgesehenen Investitionen zum jetzigen Zeitpunkt auch tatsächlich erforderlich sind.

Als FDP-Fraktion bekennen wir uns ausdrücklich zur Einrichtung einer Ganztagschule an der Grundschule im Mandelgraben und der Erweiterung des Hauses des Kindes sowie der dazu erforderlichen Investitionen, die unsere Gemeinde dieses Jahr mit über 500.000,00 € belasten werden. Ebenso unterstützen wir die Erweiterung des katholischen Kindergartens sowie des evangelischen Kindergartens 2, was unseren Haushalt mit weiteren rund 430.000,00 € belastet. Ebenfalls erforderlich erscheint uns die Investition in einen mit Limburgerhof gemeinsam zu errichtenden Wertstoffhof, was laut Haushaltsplan weitere 30.000,00 € kosten wird. Schließlich sprechen wir uns auch für den Bau des nördlichen Pfalzmarktweges zu Kosten von etwa 110.000,00 € aus. Nehmen wir die genannten Investitionen zusammen, so kommen wir bereits auf die stolze Summe von etwa 1,1 Millionen €, die dieses Jahr zu finanzieren sind. Dies stellt nach unserer Überzeugung die Obergrenze dessen dar, was sich unsere Gemeinde in diesem Jahr an Investitionen leisten kann. Alle anderen von der Gemeinde und von den anderen Fraktionen vorgeschlagenen Investitionen, so sinnvoll und wünschenswert sie auch sein mögen, können dieses Jahr nicht

durchgeführt werden; sie müssen auf die nächsten Jahre verschoben werden.

Herr Bürgermeister,

Sie haben uns aufgefordert, alle Maßnahmen auf ihre Notwendigkeit und ihre Finanzierbarkeit zu prüfen. Wir als FDP-Fraktion werden dieser Aufforderung ganz sicher folgen. Wir behalten uns daher vor, alle Investitions- und Baumaßnahmen, die über die vorher genannten Vorhaben hinaus gehen, abzulehnen. Mit dieser Einschränkung beim Investitionsplan stimmt die FDP-Fraktion dem Entwurf für den Haushalt 2010 der Gemeinde Mutterstadt zu.

Haushaltsrede von Walter Altvater (Bündnis 90/Die GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Herrn Beigeordnete, meine Damen und Herren, der Haushalt der Gemeinde Mutterstadt weist für 2010 ein Defizit von 1,4 Millionen € aus.

Dafür gibt es 2 Gründe: Der erste Grund ist der dramatische Absturz der Einnahmen in 2009 in Folge der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise.

Die Verwaltung kalkuliert zurecht vorsichtig und geht davon aus, dass sich die Einnahmesituation auch 2010 nicht verbessert. Allerdings erwartet man auch keine Verschlechterung.

Der zweite Grund für das Defizit liegt allerdings in der Umstellung auf die Doppik, d.h. eine mehr oder weniger normale kaufmännische Buchführung. Dadurch weist die Gemeinde auch kalkulatorische Kosten aus. Das sind einerseits Rückstellungen, z.B. für Krankheit und Rente der Beamten, im wesentlichen aber Abschreibungen. Hier führt der relative Reichtum der Gemeinde Mutterstadt dazu, dass wir auch viel abschreiben müssen. Das macht im Prinzip Sinn, denn wir bilden den Werteverzehr etwa dieses Rathauses ab und werden dadurch dazu angehalten rechtzeitig Rücklagen zu bilden für die irgendwann fällige Generalsanierung.

Es ist aber blanker Unsinn, wenn der Landesgesetzgeber bei der Definition des Haushaltsausgleichs die kalkulatorischen Kosten mit den pagatorischen Kosten (d.h. denen, denen reale Zahlungen gegenüber stehen) gleich setzt. Hier muss dringend nachgebessert werden.

Tatsächlich fehlen uns in der Kasse in 2010 voraussichtlich 117 T€. Das ist angesichts von Zinserträgen von 296 T€ und einem dazu gehörigen Bestand an finanziellen Rücklagen nicht wirklich dramatisch. Vor allem wenn man das wirtschaftliche Umfeld beachtet. D.h. aber: Mutterstadt ist nach wie vor eine reiche Gemeinde und es besteht kein sachlicher Grund notwendige Investitionen in die Zukunftsfähigkeit der Gemeinde zu unterlassen.

Natürlich besteht aber auch kein Grund viel Geld weiter ungenutzt in den Weltraum zu entlassen. So kosteten uns die Heizung von Bauhof und Pestalozzi-Turnhalle im Jahre 2008 ausweislich des Haushaltsplans noch 33 T€, 2009 dann 38 T€ und 2010 soll der Spaß 40 T€ kosten. Wenn man davon ausgeht, was bei der Energieeinsparung „State of the art“ also Stand des technischen Fortschritts ist, so könnten diese Kosten um ca.90 % gesenkt werden. D.h. ein Betrag von 4 T€ pro Jahr für Bauhof und Pestalozzi-Turnhalle wäre möglich.

An dieser Stelle höre ich schon förmlich die Einwände von allen Seiten: „Das ist viel zu teuer und rechnet sich nie.“ Das ist aber eine bloße Behauptung und nach Hegel ist eine bloße Behauptung so wahr oder unwahr wie die andere. Wenn man wissen will, wie viel eine energetische Sanierung des Bauhofs tatsächlich kostet und welche Maßnahme wie viel Einsparung bringt, braucht man eine fachliche Beurteilung. Eine solche Beurteilung ist bereits seit mehreren Jahren EU-rechtlich vorgeschrieben in Form eines Energiepasses.

Allerdings haben Lobbygruppen, vor allem die Unternehmen des sozialen Wohnungsbaus, den nationalen Gesetzgeber solange bearbeitet bis er die Pflicht zur sauberen Begutachtung aufgeweicht hat in eine Pseudobegutachtung namens „verbrauchsorientierter Energiepass“.

Ein solcher Pass ist zwar billig, aber nutzlos.

Auch Mutterstadt hat sich solche „verbrauchsorientierten Energiepässe“ zugelegt und schmeisst damit wertvolles Steuergeld gleich zweimal nutzlos aus dem Fenster:

Einmal in Form von Energieverschwendung und zum zweiten für Gutachten, die das Papier nicht wert sind, auf das sie gedruckt wurden.

Wir brauchen für jedes gemeindeeigene Gebäude eine saubere Beurteilung des Iststandes und einen Katalog möglicher energetischer Maßnahmen bewertet mit dem Einsparungseffekt, d.h. wir brauchen einen bedarfsorientierten Energiepass.

Basierend darauf können wir dann entsprechend unserer Möglichkeiten und der zu erwartenden Einspareffekte unsere Investitionsplanung gestalten.

Ich will aber nicht nur kritisieren, ich will auch loben.

Und zwar möchte ich ausdrücklich Dich, lieber Hans-Dieter, dafür loben, dass Du beim Konjunkturpaket II energisch und entschlossen zugeworfen hast, so dass damit eine Reihe sinnvoller Maßnahmen angegangen wurden und werden.

Das war richtig. Es wäre aber nicht richtig, sondern Grund verkehrt, wenn mit dem Ende dieses Programms auch die entsprechenden Anstrengungen eingestellt würden.

Es befremdet mich sowieso, dass der Fachbereich „Natürliche Lebensgrundlagen und Bauen“ erst, die CDU, ein Konjunkturprogramm und die Pfalzwerke braucht, um zu begreifen, dass man mit sparsameren Leuchtkörpern Geld sparen kann. Und dass man dann noch nicht mal in der Lage ist, den Einspareffekt für den Haushalt sauber zu berechnen, macht das Bild komplett.

Es wirkt auch wenig glaubwürdig, wenn wir die Akteure der lokalen Agenda anlässlich ihres zehnjährigen Bestehens überschwenglich loben, eine neue Kennziffer „Erzeugung erneuerbaren Stroms in Mutterstadt“ in den Agenda-Bericht aufnehmen, den Nachhaltigkeitsgedanken feiern und uns dann nach wie vor als unfähig erweisen, etwas so simples wie eine Fotovoltaik-Anlage auf dem Palatinum tatsächlich zu installieren.

Es wäre an der Zeit, lieber Hans-Dieter, dass Du dies ähnlich energisch angehst, wie Du die Sache mit dem Konjunkturprogramm oder z.B. mit dem Emmerich-Haus angegangen bist.

Ich möchte Dich nämlich sehr gerne öfter loben.

Gerade weil die Frage der Energie und der Nachhaltigkeit nicht nur ein Problem der Gemeindefinanzen, sondern ein existenzielles für uns alle ist, müssen wir den Zustand beenden, dass man den dafür zuständigen Teil der Gemeindeverwaltung erst zum Jagen tragen muss.

In diesem Jahr soll die Heizung von Rathaus und Neuer Pforte erneuert werden. Der Bauausschuss hat dazu in seiner letzten Sitzung beschlossen, dass ein Fachingenieurbüro den Wärmebedarf sauber errechnet und auf Grund dessen Realisierungsalternativen untersucht werden.

Es kann für mich gar nicht anders sein, als dass dabei auch Einsparmöglichkeiten untersucht werden.

Grundsätzlich habe ich mich in meiner Entscheidung schon soweit festgelegt, dass ich einer simplen Gasheizung nicht zustimmen werde.

Ohne eine ökologische Komponente in Form von Holzhackheizschnitzel oder anderem regenerativem Brennstoff und/oder Kraftwärmekopplung trage ich keine Investitionsentscheidung mit.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Herrn Beigeordnete, meine Damen und Herren, es ist den Bürgerinnen und Bürgern sehr oft und sehr deutlich versprochen worden, dass es ein LKW-Durchfahrtsverbot gibt, wenn die Straße zu Fohlenweide fertiggestellt ist. Nun ist sie fertig und nun heißt es: Es muss auch noch die Zufahrt zum Pfalzmarkt fertig sein, bevor etwas passiert.

Dafür haben die Mutterstadter Bürgerinnen und Bürger kein Verständnis.

Ich wäre sehr dafür, dass wir als Gemeinderat dieses Unverständnis auch in Form einer gemeinsamen Resolution dem Landesbetrieb Mobilität in Speyer mitteilen.

Ich wäre aber noch mehr dafür, dass wir aus diesem Zustand endlich die richtigen Schlüsse ziehen:

Die Durchfahrtsstraßen durch Mutterstadt sind Landes- oder Kreisstraßen. Und natürlich dienen diese Straßen dem überörtlichen Verkehr, sonst gäbe es für Land oder Kreis nicht den geringsten Grund sie zu finanzieren.

Anders gesagt: Die vielen Autobahnen rings um Mutterstadt würden es technisch ohne weiteres ermöglichen den Ort vom Durchgangsverkehr zu befreien.

Wenn aber aus dieser prinzipiellen Möglichkeit Realität werden soll, müssen aus den Landes- und Kreisstraßen Ortsstraßen werden.

Anders wird das nichts mit Tempo 30 im Ort.

Die Gemeinde wird in diesem Jahr das Moderationsverfahren zur Ortskernsanierung beginnen. Angesichts der zunehmenden Leerstände innerorts ist Handeln hier auch dringend erforderlich.

Für uns Grüne gibt es dabei 3 klare Schwerpunkte:

1. Der Autoverkehr muss innerorts deutlich reduziert werden, vor allem der Durchgangsverkehr, sonst gibt es keine Attraktivitätssteigerung.
2. Für Fußgänger und Radfahrer muss es deutlich einfacher werden sich im Ort zu bewegen. Wir haben kürzlich intern die Frage diskutiert: Wie kommt eigentlich ein alter Herr mit Rollator oder Rollstuhl halbwegs gefahrlos durch den Ort beispielsweise zum Real oder in die andere Richtung zum LIDL. Wir mussten feststellen: Es ist so oder so auf jeden Fall eine echte Herausforderung.

Speziell die Zufahrt zum LIDL ist nach dem Motto gestaltet: Hauptsache die Autos kommen hin.

Ich bin jetzt wegen Schnee fast den ganzen Januar Bus statt Fahrrad gefahren und habe jeden Morgen erlebt, wie sich alte Menschen zu Fuß, mit dem Rollator oder dem Fahrrad an der gut besuchten Haltestelle Friedhof vorbei drängeln.

Der Zustand dort ist skandalös und Hinweise auf Rechtspositionen oder eine vielleicht im Jahre 2020 erfolgende Sanierung der Ludwigshafener Straße sind faule Ausreden, die spätestens dann zum Skandal werden, wenn etwas passiert. Und eigentlich muss man das jeden Tag erwarten.

3. Der dritte Schwerpunkt muss schließlich mehr öffentliches Grün im Ort sein. Traditionell umschließen die Häuser im Ortskern große private Gartenareale. Diese werden in den letzten Jahren mehr und mehr einer 2.-Reihe-Bebauung geopfert. Das ist zwar angesichts der Baulandpreise eine verständliche Entwicklung, aber im Interesse einer lebenswerten Umwelt auch im Ort müssen größere Grünflächen im Ort als öffentliches Eigentum gesichert werden.

Mit diesen 3 Schwerpunkten werden wir uns in die Diskussion der Ortsentwicklung einbringen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Herrn Beigeordnete, meine Damen und Herren, wir haben uns nach längerer Diskussion entschlossen diesem Haushalt zu zustimmen. Angesichts der deutlichen Kritik die wir an Teilen der Verwaltung üben, ist uns das nicht leicht gefallen.

Wir verstehen unsere Zustimmung deswegen ausdrücklich als Vertrauensvorschuss an Dich, lieber Hans-Dieter, weil Du bisher einen relativ offenen und am Ergebnis orientierten Stil pflegst.

Wir hoffen, dass wir in diesem Sinn und in diesem Stil wenigstens bei einem Teil der von mir angesprochenen Probleme 2010 vorwärts kommen. Danke !

Einstimmiger Beschluss:

Die Haushaltssatzung mit doppeltem Haushaltsplan 2010 wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

Ermächtigung zu Darlehensaufnahmen

Im Haushaltsplan 2010 sind zur Finanzierung von Investitionen 1.600.000,00 €

Darlehensaufnahmen vorgesehen. Da noch nicht abzusehen ist, wann und in welcher Höhe der jeweilige Kredit benötigt wird, sollte die Verwaltung zur Darlehensaufnahme ermächtigt werden.

Für das Jahr 2010 ist eine Erneuerung der Heizungsanlage Rathaus und Neue Pforte geplant. Aus dem Zukunftsfonds (Konjunktur-Paket II) des Landes Rheinland-Pfalz wird für diese Maßnahme auf Antrag ein zinsloses Darlehen in Höhe von 138.500,00 € bewilligt. Das Darlehen ist bis zum 31.12.2011 rückzahlungsfrei und kann bis 31.12.2015 in 16 Raten getilgt werden.

Einstimmiger Beschluss:

Die Verwaltung wird ermächtigt, vorbehaltlich der Genehmigung des Haushaltsplans durch die Aufsichtsbehörde, im Jahr 2010 die notwendigen Kredite über einen Gesamtbetrag in Höhe von

1.600.000,00 € aufzunehmen. Das Darlehensangebot des Landes über ein zinsloses Darlehen kann bei Bedarf in Anspruch genommen werden. Über die aufgenommenen Kredite wird der Haupt- und Finanzausschuss in der auf die Aufnahme folgenden Sitzung informiert.

Eigenbetrieb Abwasserbeseitigungseinrichtung Wirtschaftsplan 2010

Die Verwaltung hat den Wirtschaftsplan für 2010 erstellt, der im Erfolgsplan in den Einnahmen und Ausgaben mit je 2.205.250,00 € und im Vermögensplan in den Einnahmen und Ausgaben mit je 621.000,00 € ausgeglichen ist. Der Bilanzgewinn wird voraussichtlich 29.250,00 € betragen. Zur Bestreitung der Investitionsmaßnahmen sind keine Darlehen erforderlich.

Verpflichtungsermächtigungen sind keine ausgewiesen. Der Höchstbetrag des Kassenkredites, der zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben des Wirtschaftsjahres 2010 in Anspruch genommen werden darf, wird auf 500.000,00 € festgesetzt und ist in der vom Gemeinderat noch zu beschließenden Haushaltssatzung für das Jahr 2010 eingestellt.

Einstimmiger Beschluss:

Der Wirtschaftsplan 2010 für die Abwasserbeseitigung wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

Eigenbetrieb Palatinum; Wirtschaftsplan 2010

Die Verwaltung hat den Wirtschaftsplan für 2010 erstellt, der im Erfolgsplan in den Einnahmen und Ausgaben mit je 914.350,00 € und im Vermögensplan in den Einnahmen und Ausgaben mit je 443.000,00 € ausgeglichen ist. Eine Verlustausweisung ist nicht erforderlich, da die Gemeinde Zuweisungen für den Schuldendienst über 380.000,00 €, für die Abschreibungen 322.000,00 € und einen Betriebskostenanteil über 83.450,00 € übernimmt. Zur Bestreitung der Investitionsmaßnahmen sind keine Darlehen erforderlich. Verpflichtungsermächtigungen sind keine ausgewiesen. Der Höchstbetrag des Kassenkredites, der zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben des Wirtschaftsjahres 2010 in Anspruch genommen werden darf, wird auf 250.000,00 € festgesetzt und ist in der vom Gemeinderat noch zu beschließenden Haushaltssatzung für das Jahr 2010 eingestellt.

Die Planansätze des Erfolgsplans sind aus der Verlust- und Gewinnrechnung 2008, der vorläufigen Verlust- und Gewinnrechnung des Jahres 2009 und unter Beachtung des erforderlichen Aufwandes und der zu erwartenden Erträge für das Jahr 2010 entwickelt und hochgerechnet.

Einstimmiger Beschluss:

Der Wirtschaftsplan 2010 für das Palatinum wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

Aufstellung Bebauungsplan "Gewerbegebiet Süd - Erweiterung 2"

Nach Fertigstellung und Verkehrsfreigabe der Anbindung der L524 an die B9 am 17.12.2009 ist auch der geeignete Zeitpunkt gekommen, den Aufstellungsbeschluss für die Erweiterung des Gewerbegebietes zu fassen.

Eine Ingenieurgesellschaft ist nach wie vor an der Realisierung des Gebietes interessiert, hat in der zurück liegenden Zeit allerdings keine weiteren Gewerbebetriebe für eine Ansiedlung gewinnen können. Die Verwaltung geht davon aus, dass durch den Aufstellungsbeschluss ein positives Signal für eventuell ansiedlungswillige Betriebe gesetzt werden könnte und es dadurch wieder mehr Bewegung in dieser Angelegenheit geben wird.

Die Verwaltung beabsichtigt den dort ansässigen landwirtschaftlichen Betrieb in das Plangebiet aufzunehmen, den Bestandsschutz planerisch zu sichern, aber auch künftige Entwicklungsmöglichkeiten im gewerblichen Bereich nach eventueller Aufgabe der Landwirtschaft zu ermöglichen. Hier erfolgt noch eine konkrete Abstimmung mit den Betriebsinhabern und der Landwirtschaftskammer.

Beschluss, bei 23 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und zwei Enthaltungen:

Zur Entwicklung der Erweiterungsfläche des Gewerbegebietes wird ein Bebauungsplan aufgestellt. Er erhält die Bezeichnung „Gewerbegebiet Süd – Erweiterung 2“. Ein privater Erschließungsträger stellt die Bauleitplanung auf eigene Kosten auf. Hierzu bedient Sie sich einem von der Gemeinde bestimmten Städteplaner. Die Verwaltung wird beauftragt einen städtebaulichen Vertrag vorzubereiten.

Veränderungssperre für Bebauungsplan "Gewerbegebiet Süd - Erweiterung 2"

Zuvor wurde der Aufstellungsbeschluss für die Erweiterungsfläche des Gewerbegebietes beschlossen. Zur Sicherung der Planung für den künftigen Planbereich sollte nach Auffassung der Verwaltung eine Veränderungssperre beschlossen werden.

Beschluss, bei 24 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und einer Enthaltung:

Zur Sicherung der Planung für den künftigen Planbereich des Bebauungsplanes wird eine Veränderungssperre beschlossen.

Anträge / Anfragen

Es wird gefragt, warum beim Winterdienst durch den Bauhof das Streusalz teilweise sehr großzügig dosiert wird, obwohl wegen der langen Kälteperiode Streusalz überall knapp oder sogar ausverkauft sei. Die Verwaltung informiert, dass bei den veralteten Endgeräten der Räumfahrzeuge keine feine Dosierung möglich ist. Bei Ersatzbeschaffungen wird darauf geachtet, dass die Streuung besser reguliert werden kann.

Zustimmung zur Höherstufung des Bürgermeisters

Die Besoldung der hauptamtlichen kommunalen Wahlbeamten der rheinland-pfälzischen Gemeinden ist in der Kommunal-Besoldungsverordnung geregelt. Danach wird das Amt des Bürgermeisters in Gemeinden von 10.001 bis 15.000 Einwohner, so auch in Mutterstadt, der Besoldungsgruppe A 16 oder B 2 zugeordnet. Zu Beginn der Amtszeit wird das Amt zunächst in die untere Besoldungsgruppe (A 16) eingestuft. Eine Höherstufung ist nach Ablauf der ersten zwei Jahre der Amtszeit möglich/zulässig.

Die Amtszeit von Bürgermeister Hans-Dieter Schneider begann am 01.07.2007, so dass eine Höherstufung möglich ist. Im Stellenplan ist die Stelle nach B 2 ausgewiesen.

Einstimmiger Beschluss:

Bürgermeister Hans-Dieter Schneider wird ab 01.01.2010 in Besoldungsgruppe B 2 der Landesbesoldungsverordnung höhergestellt.

Hinweis:

Bürgermeister Hans-Dieter Schneider nimmt an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil. Den Vorsitz führt der Erste Beigeordnete Klaus Leicht. Der Vorsitzende hat bei dieser Angelegenheit kein Stimmrecht. Beratung und Beschlussfassung müssen in öffentlicher Sitzung erfolgen.